

Oberschlesische Volksstimme

Älteste in deutscher Sprache herausgegebene katholische Zeitung des ober-schlesischen Industriebezirks verbunden mit „Beuthener Volkszeitung“ und „Kattowitzer Volkszeitung“.

Der Bezugspreis beträgt bei den Postanstalten, unseren Agenturen und Kolporteurs vierteljährlich 8.10 Mk., zweimonatlich 5.40 Mk., monatlich 2.70 Mk. Am Postkassett monatlich 2.70 Mk. — Gratisbeilagen: Täglich: „Volksfreund“ Unterhaltungsbeilage; Sonntags: „Der ober-schlesische Sonntagsbote“ religiöse Wochenchrift, ferner „Der Kinderfreund“; jährlich: 1 Wandkalender.

Fortes in fide!
Verlag und
Zwillings-Notationsdruck
von
Friedrich Feldhuß in Gleiwitz.

Anzeigen
kosten 50 Pfg. für die achtmal gespaltene Zeile oder deren Raum, im Restameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) 1.20 Mk. Beilagengebühr: 8 Mk. pro Laufend. Anzeigenannahme: Große Anzeigen abends vor dem Erscheinungstage, kleine und dringende Anzeigen bis 1/2 9 Uhr morgens. Schluß der Redaktion um 9 Uhr vormittags. Briefe sind zu adressieren an die Redaktion bezw. Geschäftsstelle der „Oberschlesischen Volksstimme“ in Gleiwitz.

weitest verbreitete katholische Zeitung.

Gleiwitz: Kirchplatz 4, Fernspr. 136, Beuthen, Kosel, Dr. F. Strehliß, Hindenburg: Dorotheenstr. 4, Fernspr. 1029, Kattowitz, Königshütte, Pleß, Rybnik, Tarnowitz, Oppeln. Bei etwaiger Vertreibung von Anzeigengebühren durch gerichtliche Mitwirkung bei Verkäufen oder im Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Nr. 27. Mittwoch, den 3. Februar 1920. 46 Jahrgang.

Präsident Bittu verzichtet mit der deutschen Regierung nach Keisse.
Verwaltungsrechtliche Maßnahmen für das besetzte Oberschlesien.
Der Brottort muß höher gehängt werden.
Abreise der Auslieferungsliste bevorstehend.
Die Kandidaten für den ungarischen Königsthron.

Ueberreichung der Auslieferungsliste am 10. Februar.

Die Auslieferungslisten sollen nunmehr am 10. Februar in Paris überreicht werden. Sie sollen, wie es heißt, nicht gefürzt sein, sondern an etwa 800 Namen zählen. Man nennt auch eine ganze Reihe von Namen von Heerführern und anderen Persönlichkeiten, deren Auslieferung verlangt wird. Es scheint aber, daß es sich da mehr um Vermutungen, denn um Tatsachen handelt. Die Auslieferungsnote an Holland ist noch ausständig, sie dürfte aber wahrscheinlich heute überreicht werden. Man will die Auslieferung des Kaisers auf jeden Fall erzwingen, dabei sind aber Krieg oder Blockademitel nicht vorgesehen.

Namen der Auszulieferenden.

- Amsterdam, 2. Febr. „Handelsbladet“ meldet, daß dort die Namen folgender deutscher Offiziere genannt werden, die auf der Liste der auszulieferenden Personen stehen:
1. Kronprinz Rupprecht von Bayern wegen Deportation in Nordfrankreich,
 2. der Herzog von Württemberg wegen Ermordung von Bürgern in Ramur,
 3. v. Klud wegen Ermordung von Geiseln in Genf, wegen Mord an Bürgern von Aerschot,
 4. v. Bülow wegen Brandstiftung in den Ardennen,
 5. v. Mademson wegen Diebstahls, Brandstiftung und Hinrichtung von Armeniern,
 6. v. Gauden wegen der Hinrichtung der Witwe Capell und des Kapitän Frantz,
 7. Admiral v. Capelle wegen der U-Bootsbefehle,
 8. Liman v. Sanders wegen Ermordung von Armeniern,
 9. v. Stenger wegen Befehles, keine Kriegsgefangenen zu machen,
 10. Ostrowski wegen Blinderung in Dietze und Mordes an 105 Bürgern,
 11. v. Tesny wegen Ermordung von 112 Bürgern von Arlon,
 12. Niemeyer wegen schlechter Behandlung von Kriegsgefangenen in Holzjunkten,
 13. Major v. Goetz wegen Grausamkeiten im Lager Magdeburg,
 14. Leutnant Rüdiger wegen Grausamkeiten im Lager Kuhlleben,
 15. General v. Cassel wegen Grausamkeiten im Lager Döberitz,
 16. v. Bülow wegen Zerstörung von Aerschot und Ermordung von 150 Bürgern,
 17. General v. Martenuffel wegen des Brandes in Löwen,
 18. Leutnant Werner,
 19. Korvettenkapitän Wallentiner und
 20. Korvettenkapitän v. Försner, die letzten drei wegen Versenkung von Hospitalsschiffen.

Zwang zur Auslieferung.

Amsterdam, 2. Februar.
Laut „Allgemeines Handelsblatt“ meldet „Manchester Guardian“, es sei noch stets die Absicht der Alliierten, den Kaiserprozeß in London stattfinden zu lassen. Die Niederlande würden keineswegs aufgefordert werden, den Kaiser zu internieren, sondern man würde Holland zwingen, ihn auszuliefern.

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt „Spectator“, es sei nicht daran zu denken, die Alliierten den Niederlanden den Krieg zu erklären oder es blockieren werden.

Holland bleibt fest.

Rotterdam, 2. Febr.
In einer Staatsratsitzung unter dem Vorsitz der Königin ist beschlossen worden, daß eine Abänderung der bisherigen Stellungnahme der Niederlande in der Auslieferungfrage nicht stattfinden soll.

Kaiserprozeß Ende Februar?

Frankfurt a. M., 2. Febr.
Es verlautet, daß der Prozeß gegen Wilhelm II. der letzten Februarwoche beginnen soll. Die Alliierten verbreiten den Niederlanden die internationalen Rechtsgrundsätze, die das Recht auf Auslieferung begründen.

Letzte Drahtnachrichten.

Erzbergers Gefundung.

In einer öffentlichen Sitzung des Reichstages unter Vorsitz des Ministers David teilte dieser mit, daß Erzberger beifällig hoffe, schon in der nächsten Woche sich voll seinen Arbeiten widmen zu können.

Ordnungsmäßige Heimischaffung.

Ein Delegierter des internationalen Roten-Kreuz-Komitees, der mit der Aufstellung einer bedeutenden Hilfsföndung für die deutschen Gefangenen in den verwüsteten Gegenden Frankreichs beauftragt war, stellte fest, daß die Heimischaffung der Gefangenen in vollkommener Ordnung vor sich geht.

Beendeter Streik.

Im Eugauer-Dolnauer Revier dürfte, wie der „Vorwärts“ berichtet, die völlige Wiederaufnahme der Arbeit von den Bergarbeitern mit Sicherheit erfolgen. Der Streik sei vollkommen zusammengebrochen.

Eisenbahnsperrung an der polnischen Grenze.

Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, werden, solange die Sperrung durch den polnischen Korridor anhält, die Tages-D-Züge von und nach Berlin von Dienstag, den 3. Februar ab über Dirschau, Danzig, Stettin, nach Berlin umgeleitet. Die Direktion hofft ferner, daß es möglich sein wird, schon von heute Dienstag ab die Nacht-D-Züge von und nach Berlin ebenfalls in dieser Weise umzuleiten.

Der Text der Auslieferungsliste.

Nach einer Havasmeldung sollte die Konferenz den

Text einer Mitteilung betreffend die Liste der von Deutschland gemäß des Versailler Friedensvertrages auszuliefernden Beschuldigten fest. Die Liste wird wahrscheinlich heute von Dersner übergeben.

Deutsche Säberschieber in Frankreich verhaftet.

Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 2 Reisende verhaftet, in deren Gepäck 250 kg. deutsches Silbergeld gefunden wurde, das sie einem Schmelzer in Paris, der sie beschaffte, abliefern wollten. Sie hatten bereits mehrere Reisen nach Deutschland unternommen. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Schlafkrankheit.

In Toulouse und Mühlhausen sind mehrere Fälle von Gehirnzentzung vorgekommen. Einige Personen befinden sich seit mehr als 8 Tagen im Schlafzustand.

Herabsetzung der Brotration.

Die Annahme unserer Ernährungsbehörden, daß es durch die angeordnete größere Ausmahlung des Getreides gelingen werde, die Brotration auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten, hat sich leider als falsch erwiesen. Auch die Maßnahme, durch Vieserung von Droschkeln an die Landwirte eine größere Menge von Getreide zu erhalten, hat bisher keinen Erfolg gezeitigt. Es ist deshalb bereits in den nächsten Tagen mit einer Herabsetzung der täglichen Brotration zu rechnen. — Weiter meldet uns ein Telegramm aus Dresden: Die Mehlration wird nach Rücksprache bei dem Landeslebensmittelamt vom 9. Februar ab, trotz der bisherigen gegenteiligen Erklärungen, herabgesetzt werden. Statt 260 Gramm Mehl wird es von da ab nur 200 Gramm Mehl geben, wöchentlich 1400 Gramm Mehl oder 1900 Gramm Brot.

Die Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten.

Die Betriebswerkstätten der Eisenbahn werden am kommenden Sonnabend wieder eröffnet. Die notwendigen 60 Prozent der Belegschaft haben sich zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet, mit Ausnahme von zwei Werkstätten in Frankfurt a. M.

Schließung der Schachswerke.

Die Danziger Schachswerke ist heute mittag geschlossen worden. Wie die Blätter melden, sammeln sich vor dem Direktionsgebäude eine große Anzahl Arbeiter an, um gewaltsam Zutritt zu den Werken der Direktion zu erlangen. Herbeigerufene Sicherheitswehr besetzte die Werksgebäude und stellte Ruhe und Ordnung wieder her.

Der Saarstaat.

Durch eine Verfügung des obersten Verwalters des Saargebietes wird der angekündigte Saarstaat als faktisch bestehend erklärt. Die Saargebietungen veröffentlichten eine Reihe von Verfügungen des obersten Verwalters, u. a. Anwendungsbestimmungen des französischen Zollgesetzes.

Deutschland.

Die Abstimmung in Schleswig. Freitag vormittag hat die erste offizielle Sitzung der internationalen Kommission für das nord-schleswigsche Abstimmungsgebiet stattgefunden. Dabei wurde als Abstimmungstermin für die zweite Zone endgültig Sonntag, 7. März, festgesetzt. Vor der internationalen Kommission waren am selben Tage zwei Direktoren der Alsenburger Behauptungen und zwei Geflügelte zu einer Besprechung aufgefordert worden. Ihnen wurde mitgeteilt, daß fortan allen Beamten, den staatlichen

wie den kommunalen, jede aktive Betätigung in Agitationsveranstaltungen bei Strafe sofortiger Ausweisung verboten ist, ganz gleich ob sie stimmberechtigt sind oder nicht.

Folgen eines etwaigen deutschen Bankrotts. In einer Unterredung mit dem Berichterstatter der „Daily News“ erklärte Herr von Swinner von der Deutschen Bank, die deutsche Regierung werde wegen der Ausgabe von Papiergeld getadelt. Es bleibe ihr jedoch gar nichts anderes übrig. Die französische Regierung tue genau dasselbe. Wenn der gesamte deutsche Kredit erst zusammenbräche, würden auch die anderen Länder Europas dem Zusammenbruch nicht entgehen. Der Zusammenbruch Deutschlands sei der Zusammenbruch Frankreichs und ganz Europas.

Strafverfolgung der Miesmacher. Die Staatsanwaltschaft erhielt Auftrag, gegen die Verbreiter und Urheber der unwahren Gerüchte, die Reichsregierung beabsichtige, den Zindendienst für die Kriegsanleihe einzustellen und den Staatsbankrott zu erklären, strafrechtlich vorzugehen. In Berlin haben bereits Vernehmungen stattgefunden.

Das Befinden Erzbergers. Das Befinden Erzbergers hat, wie Prof. Pleß mitteilt, sich weiter gebessert. Die Heilung wird allerdings durch die große Ungeduld Erzbergers perodiert. Er will sich von der Wiederaufnahme seiner amtlichen Arbeiten durchaus nicht zurückhalten lassen. Am Sonnabend hatte ihm Prof. Pleß zum ersten Male gestattet, das Bett zu verlassen. Darauf empfing er den amerikanischen Geschäftsträger zu einer längeren Unterredung. Die Folge war, daß er sich nachher sehr geschwächt fühlte.

Zwiespalt im bayerischen Zentrum. Im Trennungstreit zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Zentrum des Reiches verlagte die große Parteiorganisation in Würzburg dem Dr. Heim die Gefolgschaft. Mit dem Würzburger Abgeordneten zur Nationalversammlung Gerstenberger verurteilte sie in einer eigens erkrankten Parteiverammlung fast einstimmig das Vorgehen Dr. Heims.

Die Herbeiführung eines Einheitsstaates. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichskabinetts und des preussischen Kabinetts wurde über den Antrag der Preussischen Landesversammlung wegen Herbeiführung eines Einheitsstaates beraten. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage dafür gewähre, die einheitlichen Grundlagen im Reich zu erhalten und auszubauen. Die Besorgnis, namentlich bei den süddeutschen Staaten, als ob das Reich beabsichtige, gegen ihren Willen ihre politischen Rechte zu schmälern, wurde daher allerorts als unbegründet erklärt. Es wurde auch anerkannt, daß bei der notwendigen Dezentralisation, die in einem Reich von der Größe Deutschlands ungedacht seiner staatsrechtlichen Konstruktion immer erforderlich sein werde und die nach mancher Richtung vielleicht sogar eine Erweiterung ertragen könnte, keine Veranlassung vorliege, das Gebilde der süddeutschen Staaten umzuformen. Andererseits wurden die Schwierigkeiten, den preussischen Staat in ein dezentrales Reich einzugliedern, nicht verkannt. Zur weiteren Klärung der Frage wurde ein Untersuchungsausschuss aus 3 Reichsministern und 3 preussischen Ministern gebildet.

Die Befetzung Oberschlesiens.

In Oberschlesien ist seit dem 31. Januar die Zone Pleß-Nikolai, seit dem 1. Februar die Zone Königshütte-Kattowitz von der Entente besetzt worden. Die genannten Zonen wurden um 7 Uhr vormittags geräumt, um 10 Uhr vormittags trafen die Entente-Truppen ein. Die Zone Beuthen-Tarnowitz-Georgenberg wurde 7 Uhr vormittags geräumt. — In Pleß befindet sich der Stab der französischen 46. Infanterie-Division.

Die Befetzung von Kattowitz.

W. Kattowitz, 2. Februar.
Französische Alpenjäger sind in Kattowitz in mehreren Transporten angekommen, außerdem der für Gleiwitz bestimmte Divisionsstab. Da keine Vorankündigung erfolgt war, machte die Einquartierung der Stadt große Schwierigkeiten. Die Hotelgäste und Villenbesitzer wurden größtenteils ausquartiert. Die Sicherheitswehr wurde nach Königshütte, Myslowitz und Boguszküh verlegt. Der letztgenannte Ort hatte als einziger Ehrenposten errichtet; sonst war die Haltung der Bevölkerung würdiger abnehmend. Kommandant ist Oberstleutnant Blanchard. Die Löhnung für die Gemeinden beträgt 20 Franc täglich; sie wird in deutscher Währung ausgezahlt.

Die Befetzung von Beuthen.

W. Beuthen, 2. Februar.
Am heutigen Vormittag sind die ersten französischen Besatzungstruppen in Stärke von ungefähr 200 Mann auf dem hiesigen Bahnhof eingetroffen. Sie wurden in der neuen Kaserne untergebracht. Bis 8 Uhr abends sollen vier Transporte ausgeladen worden sein, und zwar kommen insgesamt sechs Kompanien in einer Gesamstärke von 900—1000 Mann nach Beuthen, bestehend aus vier Infanterie- und zwei Maschinengewehr-Kompanien, welche letztere wahrscheinlich in dem benachbarten Rohlberg oder in nächster Nähe der Stadt untergebracht werden. Führer der hiesigen Truppen ist Major de Jarry.

Außer den genannten Truppen befindet sich vorübergehend ein Regimentsstab in unserer Stadt, der in einigen Tagen nach Groß-Strehliß abzieht, sobald dieser Ort von deutschen Truppen geräumt ist.

Die interalliierte Kommission für Regierung und Plebiszit in Oberschlesien.

erläßt an die Bewohner Oberschlesiens eine Bekanntmachung, in der auf die Befetzung Oberschlesiens durch die Alliierten-Truppen im Zeitraum vom 31. Januar bis zum 11. Februar hingewiesen und gesagt wird, daß zunächst eine provisorische Verwaltung durch militärische Okkupation erfolgt, welche bis zur Zeit der Uebernahme der Gewalt durch die interalliierte Kommission dauert. Die interalliierte Kommission wird die Zeit der Uebernahme der Gewalt bestimmen und diese durch eine Proklamation bekanntmachen. Es heißt weiter in der Bekanntmachung, die alliierten Truppen kommen nach Oberschlesien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und allen Bewohnern ohne Unterschied die für das Gemeinwohl des Landes notwendige Sicherheit und Ruhe zu sichern. Die Kommission setzt Gehorham seitens der Beamten und vernünftige Haltung seitens der Bevölkerung voraus und fordert alle auf, den Anordnungen des Kommandos genau zu folgen. Uebertretungen der bestehenden Gesetze oder der Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, sowie Agitationen jeder Art werden nicht geduldet. Die Bekanntmachung ist in deutscher und polnischer Sprache abgedruckt, aus Paris vom 24. Januar datiert und unterzeichnet vom Repräsentanten Frankreichs, Le Rond, Repräsentanten Großbritanniens, H. J. V. Perceval und dem Repräsentanten Italiens, A. de Marinis.

Die Verwaltung Oberschlesiens.

W. Berlin, 2. Februar.
Von Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Infolge der Befetzung der Abstimmung unterworfenen Teile Oberschlesiens wird es bei den zu erwartenden Verkehrshemmungen nicht mehr möglich sein, die Verwaltung der nicht in das Abstimmungsgebiet fallenden Kreise Falkenberg, Grottkau, Keiße und eines Teiles des Kreises Neustadt von Oppeln aus zu leiten. Die Staatsregierung beabsichtigt daher, diese Verwaltung von Keiße aus unter dem Oberpräsidenten Bittu, der das Abstimmungsgebiet verläßt, weiter fortführen zu lassen. In den organisatorischen Grundlagen der Verwaltung wird dadurch nichts geändert. Oberschlesien bildet nach wie vor eine preussische Provinz mit allen daraus folgenden Befugnissen. Lediglich die Ausübung dieser Befugnisse ist geteilt zwischen den Behörden, die im Abstimmungsgebiet bestehen bleiben und nach den Befugnissen des interalliierten Ausschusses zu arbeiten haben, und den ungehinderten Behörden in den abstimmungsfreien Teilen der Provinz. Wie sich die Verwaltung des Ausschusses gestalten wird, ist unsicher. Zwar ist er nach dem Friedensvertrage an die bestehenden Gesetze gebunden.

den, hat auch selbst keine gesetzgeberischen Befugnisse, wie aber verlautet, beabsichtigt er z. B. die Vorschriften des Gesetzes betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien nicht zur Anwendung gelangen zu lassen, was in der Wirkung seiner Außerkräftigung des Gesetzes gleichkommt.

Berlin, 2. Febr. Hier ist soeben ein amtliches deutsches Weißbuch über die aus Anlaß der Inkraftsetzung des Friedensvertrages in Paris getroffenen deutsch-polnischen Vereinbarungen veröffentlicht worden. In diesem sind für Oberschlesien von Bedeutung die Nr. 1, 2, 5, und 8.

Die Nr. 1 enthält eine Bestimmung über den Amtsantritt der interalliierten Ausschüsse in Oberschlesien, Mesenstein und Marienwerder.

Die Nr. 2 bestimmt die Räumung Oberschlesiens durch die deutschen Truppen und seine Besetzung durch die interalliierten Truppen.

Die Nr. 5 die Verhandlungen betr. Uebergabe des huttischer Gebietes an die Tschecho-Slowaken.

Die Nr. 8, die Ausführungsbestimmungen zu den allgemeinen Bestimmungen für den Transport und die Verpflegung der alliierten Besatzungstruppen, von Danzig, Memel, Mesenstein, Marienwerder, Teschen, Schlesien und Oberschlesien.

In den Bestimmungen über den Amtsantritt der interalliierten Ausschüsse in Oberschlesien heißt es u. a.: Die deutsche und polnische Rasse und Sprache sind in den geräumten Gebieten unverzüglich vollkommen auf gleiche Stufe zu stellen. Auch darf keine der gerechten Durchführungen der für die Volksabstimmung etwa widersprechenden Verfügung mehr aufrecht erhalten werden.

Kraft dieses Grundgesetzes erhalten die Ausschüsse insbesondere das Recht zur Außerkräftigung der Gesetze und Verordnungen, die den Gebrauch einer der beiden Sprachen in den Verwaltungsakten, die Vermögensfreiheit und die Unterrichtssprache, das Eigentumsrecht und das Recht des Erwerbes von Ländereien und Grundstücken beschränkt, insoweit diese Beschränkungen zum Nachteile einer der beiden Rassen verordnet sind, sowie aller sonstigen Gesetze und Verfügungen, die der gerechten Volksabstimmung etwa widersprechen.

Alle Verwaltungs- und Gerichtsbehörden haben vom Augenblicke der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Ausschüsse jeden Verkehr mit den deutschen, preussischen oder Provinzialregierungen abzubrechen.

Die wirtschaftlichen Verwaltungsbehörden bleiben, bis die Ausschüsse eine neue Entscheidung treffen im Verkehr mit den entsprechenden Behörden und zwar unter Aufsicht der Ausschüsse und soweit diese es für angemessen halten.

In jedem Gebiete haben die politischen Verwaltungsbeamten, die die deutschen, preussischen und Provinzialbehörden an obiger Stelle vertreten, das Land zu verlassen. Alle sonstigen Beamten mit Ausnahme derjenigen, deren Verabschiedung ausdrücklich von jebem Ausschusse bestimmt wird, verbleiben an Ort und Stelle. Die Ausschüsse bestimmen die Beamten gegenüber volle Befugnisse.

Die Ernennung und Dienstveränderungen bleiben der deutschen Regierung überlassen, erlangen aber erst nach ihrer Genehmigung durch den Ausschuss Gültigkeit.

Die Verwaltung der Gebiete erleidet infolge des Inkrafttretens des Friedensvertrages keine Unterbrechung. Sie verbleibt wie bisher in den Händen der ausübenden Behörden, bis der interalliierte Ausschuss den ihnen zur Verfügung gestellten Vertretern der deutschen Regierung amtlich bekannt gibt, daß sie den einen oder den anderen Teil der Verwaltung an Stelle der genannten Behörden selbst übernimmt.

Dem Inkrafttreten des Friedensvertrages ab hat die deutsche Regierung während der ganzen Zeit der interalliierten Regierung oder Verwaltung die Gelder vorzuschüssen, die die Ausschüsse zur Beilegung der öffentlichen Ausgaben des Gebietes einschließlich der Kosten des Ausschusses und der Besatzungstruppen, sowie zur Beilegung der Ausgaben, welche die Durchführung der Volksabstimmung verursachen, für erforderlich halten. Diese Vorschüsse werden von dem Staate oder den Staaten, welche die alliierten Großmächte das genannte Gebiet nach der Volksabstimmung zusprechen, in deutscher Währung zurückzahlt.

Die deutsche Regierung muß vor der Befehung durch die alliierten Truppen die im Friedensvertrage vorgeschriebenen Maßnahmen hinsichtlich der Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie den Kriegervereinen und ähnlichen Verbänden durchgeführt haben.

In der Abstimmungsgebieten darf keine bewaffnete Macht oder Streitmacht mit alleiniger Ausnahme der Zoll-, Post- u. Domänenbeamtenverbänden verbleiben.

Die Polizei jeder Art bleibt vorläufig bestehen. Jeder Ausschuss entscheidet im geeigneten Augenblicke und für jede Art für die Polizei, besonders über ihre Auflösung, Beibehaltung oder Umgestaltung.

In jedem Gebiete bleibt bis auf weitere Entscheidung des alliierten Ausschusses der wirtschaftliche Zustand, solange es der Ausschuss für angebracht hält und unter seiner Ueberwachung bestehen.

Oberschlesien und die Steuererlasse.

Der „Tempo“ meldet, daß von der alliierten Kommission für die zu befehrenden deutschen Ostgebiete die neue deutsche Steuererlassung vorläufig außer Kraft gesetzt werden soll.

Ein Dementi.

WTB. Berlin, 2. Februar. Aus Oberschlesien kommen Nachrichten, daß polnische Truppen in französischer und amerikanischer Uniform zur Befehung von Oberschlesien verwendet werden. Von zuständiger Seite wird dazu festgestellt, daß alle derartigen Meldungen als gänzlich unbegründete Gerüchte bezeichnet werden müssen. Bei amtlichen deutschen Stellen liegen über derartige Maßnahmen der Polen keinerlei Nachrichten vor.

Deutschland.

† Die Schulkfrage auf dem Stuttgarter Katholikentag. Auf dem in sieben Versammlungen von 20 000 Personen besuchten Katholikentag, wurde u. a. die Schulkfrage behandelt. Die Versammlung forderte in einer einstimmig angenommenen Resolution die Errichtung der Bekenntnisschule als Grundpfeiler der christlichen Erziehung.

☞ Cohnbewegung bei der Post. Zentralverband der deutschen Post- und Telegraphenbediensteten hatte gestern einen außerordentlich zahlreichen Besuchen am Montagabend einberufen, auf dem Stellung genommene wurde zu den letzten neuen Lohnverhandlungen. In einer einstimmig angenommenen Resolution forderten die Versammelten, daß die vom Zentralverband ursprünglich geforderten Bedingungen bezüglich der Teuerung entschärfend neu geregelt werden.

Ausland.

☞ Eine Stiftung des Kaisers in Amerongen. Aus Rotterdam wird gemeldet, der Kaiser hat beschlossen, zur Erinnerung an seinen Aufenthalt in Amerongen dort ein kleines Krankenhaus mit acht Betten zu errichten. Das Gebäude soll dem holländischen Kommandeur des Johanniterordens zur Verwaltung übergeben werden.

☞ Dr. Mayer bei Millerand. Die französischen Zeitungen berichten nur in ganz kurzen Worten über die interessante Szene, in der der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer seine Vollmachten Millerand überreichte, und betont, daß die Begegnung ohne die üblichen Feierlichkeiten verliefen ist. Die Unterredung, die der Ueberreichung folgte, soll eine Viertelstunde gedauert haben, was unter den jetzigen Umständen beinahe als lang bezeichnet werden muß. Der deutsche Vertreter erklärte nach dem Termin, daß es sein lebenslanges Bestreben sei, an der schnellsten Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu arbeiten. Daraus antwortete Millerand, das sei auch sein Wunsch. Doch werde die Erfüllung dieses Wunsches durch den bösen Willen der deutschen Behörden erschwert, die zögerlichen, gewisse Klauseln des Vertrages auszuführen. Dr. Mayer erwiderte, an dem guten Willen der deutschen Behörden könne nicht gezweifelt werden. Doch habe für gewisse Bedingungen, so die Ausstellung, die Regierung des Reiches die größten materiellen Schwierigkeiten zu überwinden.

☞ Die ungarischen Thronkandidaten. Das „Neue Wiener Tagbl.“ veröffentlicht auf Grund einer Unterredung mit einem ungarischen Politiker eine Liste der ungarischen Thronkandidaten. An erster Stelle wird der frühere Kaiser Karl kandidieren. An zweiter Stelle wird Karls Sohn Otto genannt, für den eine Regentschaft eingelegt würde. An dritter Stelle steht Erzherzog Joseph, der vom Ministerpräsidenten Friedrich und der katholischen Partei sowie vom Landwirtschaftsminister und den Führern des katholischen Flügels der Bauernpartei gestützt wird. An vierter Stelle steht der 23jährige Erzherzog Albrecht, Sohn des Erzherzogs Friedrich. Der fünfte Kandidat ist Prinz Cyril von Bulgarien, der zweite Sohn des früheren Königs Ferdinand, der sich angeblich mit der Tochter Sophie des Erzherzogs Joseph verlobt hat.

☞ Oesterreichische Munitionslieferungen für die Tschechen. Aus Wiener-Neudorf berichtet die „Reichspost“: Seit einer Woche werden in sämtlichen Orten des Steinfeldes Arbeiten für die ehemaligen Munitionswerke der Biumau aufgenommen. Es werden in erster Linie alle jene Leute berücksichtigt, die vor kurzem wegen angeblicher Einstellung der Munitionsbetriebe entlassen worden waren. Diese Entlassenen haben damals 3000 bis 4000 Kronen Abfertigung erhalten. Die neu eingestellten Arbeiter — es werden gegen 5000 aufgenommen — sollen die still gelegte Munitionserzeugung wieder in Gang bringen. Die Munitionslieferungen sind, wie hier allgemein mit größter Sicherheit verlautet, ausschließlich für die Tschechen bestimmt. Es soll sich um sehr bedeutende Bestellungen handeln, die seitens der tschechischen Regierung auf Grund der Prager Vereinbarungen erfolgten. Damit stehe die Politik Dr. Renners tatsächlich im Einklang, zufolge der Prager Abmachungen die strikte Neutralität zugunsten des tschechischen Staates in dessen Konflikten zu verlassen.

☞ Es wird weiter geklärt. Admiral Taylor, Chef der Abteilung für Schiffsbauten im amerikanischen Marinedepartement, teilte der Marinekommission des Repräsentantenhauses mit, daß die amerikanischen Seestreikräfte am 1. Juli 1920 940 Einheiten umfassen würden, doppelt so viel als vor dem Kriege, darunter 16 Dreadnoughts, 13 Ueberdreadnoughts, 8 Schlachtkreuzer und 17 leichte Kreuzer. Die Ausgaben werden auf 27 900 000 Doll. veranschlagt.

Aus Stadt- und Landkreis Beuthen.

☞ [Das gesundheitschädliche Papiergeld.] Im „Plus“ macht Dr. W. auf die gesundheitschädlichen Gefahren des Papiergeldes aufmerksam. Er schreibt, daß die Reichsregierung gut täte, irgendwie wieder Metallgeld einzuführen. Selbst die abgenutzte Silber- oder Nickelmünze ist sauberer, appetitlicher und in bakteriologischem Sinne keimfrei als der eben in Umlauf gestellte Papierschein, der die Spuren unserer Finger, unserer Fingerringe und anderer Aufbewahrungsstellen meist so leicht nicht wieder verliert. Ganz anders die Metallmünze! Es gehört zu den gesicherten Ergebnissen der bakteriologischen Forschung, daß die Metalle an sich eine hohe bakterienabtödtende Kraft besitzen.

☞ [Das Gold der Bilgabelst. lakt.] In verschiedenen Gegenden Oberschlesiens treiben in letzter Zeit Klettergewandte Diebe ihr Unwesen, die sich ein hohes Ziel gesetzt haben. Sie erklimmen Kirchdächer und Riesen-Schornsteine der großen Kohlenwerke, um von den Bilgabelst. die jetzt besonders wertvollen Gold- oder Platinsph. zu stehlen. (So lesen wir in der „B. Z.“) Uns ist ein solcher Fall noch nicht bekannt geworden. (D. Red.)

☞ [Der Einzug der Besatzungstruppen.] Am gestrigen Tage haben die für Beuthen bestimmten Besatzungstruppen ihre Quartiere in den neuen Kasernen in Panitzschwalde bezogen. Die Bagage war schon in den ersten Vormittagsstunden mit einem Zuge nach hier gebracht worden. Von dieser Zeit an füllten sich die Straßen der Stadt mit einer zahlreichen Menschenmasse und als um 12 Uhr die inzwischen auf dem Bahnhof angekommenen fremder Truppen in die Stadt einzrückten, hielt eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge die Straßen der Stadt besetzt. Seitens der Stadt sind die fremden Truppen von Stadtrat Dr. Kasperowitz und Polizeirat Bender empfangen worden. Mehrere polnische Vereine mit ihren Fahnen aus Beuthen und Umgegend hatten sich zum Empfang der fremden Truppen auf dem Bahnhof eingefunden. Als sich dann die polnischen Vereine vom Bahnhof nach ihrem am Molkeplatz gelegenen Vereinslokal zurückbegaben und dabei polnische Lieder sangen, stimmten die auf den Straßen befindlichen Deutschen das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Anrufen haben sich glücklicherweise nicht ereignet.

☞ [Postverweigerung.] Der Paketverkehr hat in den Räumen des hiesigen Postamts derartig zugenommen, daß man eine Erweiterung der Abfertigungsräume vornehmen mußte. Die Annahme von Paketen erfolgt z. B. in der Postkammer im Hofe, dagegen wurde die Ausgabe von Paketen in den Kellerraum des Hofgebäudes verlegt, wodurch der Verkehr wesentlich erleichtert wurde.

☞ [Die Wünsche der Blinden.] In Steglitz tagte der preussische Blindenrat, zu dem sämtliche Blindenvereine Preussens ihre Delegierten entsandt hatten. Die Blinden beklagten sich bitter, daß das Reich immer noch zu wenig beachtet sei, würden nur als ein Objekt der Fürsorgeorganisation betrachtet und möchten sich doch, gleich den Sehenden, dem Staate nützlich erweisen, und bei entsprechender Arbeit ihre traurige Lage verbessern. Nun müßten sie versuchen, selbst an der Verbesserung ihrer Verhältnisse zu arbeiten und

bitten, nun die Regierung und alle Behörden dringend um ihre Mithilfe. Nach einer bewegten Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die Blinden fordern gesetzliche Regelung des gesamten Blindenbildungswesens, Verstaatlichung aller Blindenbildungsinstitutionen, Zulassung der Blinden zu allen beruflichen Vorbereitungsanstalten und staatlichen Prüfungen. Die Leistungen der Blinden sollen nach den für Sehende geltenden Maßstäben bezahlt werden, vornehmlich die Arbeitsleistung. Die Erwerbslosenfürsorge und alle sozialen Einrichtungen sollen auf sämtliche berufstätigen Blinden ausgedehnt werden. Für Blinde werden verlangt Steuerfreiheit, für Einkommen unter 3000 M., freie Fahrt für die Begleitpersonen auf allen Verkehrsmitteln, Postfreiheit für alle Blindenschrift-Bücher, Sendungen bis zum Gewicht von 5 Kilogramm, sowie Gewährung einer Rente an alle erwerbstreibenden Blinden, deren Einkommen 3000 M. nicht erreicht.

☞ [Lebensmittelversorgung.] Für die Zeit vom 2.—8. Februar 1920 gelangen zur Verteilung: 200 Gramm Bohnen für 60 Pfg. (1 Pfd. 1.50 Mk.), 1 Suppenwürfel für 13 Pfg., 20 Gramm Butter für 58 Pfg. (1 Pfd. 14.50 Mk.), 80 Gramm inländische Margarine sowie als Sondervergütung für die Zeit vom 2.—8. Februar weitere 100 Gramm inländische Margarine, zusammen 180 Gramm für 2.90 Mk. (1 Pfd. 8.90 Mk.), 200 Gramm Marmelade für 1.30 Mk. (1 Pfd. 3.24 Mk.), 4 Pfund Kartoffeln. Als Zufuhr für Kinder bis zu 4 Jahren: 250 Gramm Kindergerstemehl für 65 Pfg. (1 Pfd. 1.30 Mk.), für Kinder bis zu 6 Jahren: 125 Gramm Kindergerstemehl für 33 Pfg. (1 Pfd. 1.30 Mk.).

☞ [Zum Einsturz auf Paulusgrube.] Die Ursache des Einsturzes sind alte Bergschäden. Das etwa 70 Meter lange, 20 Meter breite und 15 Meter hohe Badstiegengebäude wurde vor etwa neun Jahren auf einem unterirdischen Gelände errichtet, dessen unterirdische Felder mit Sandverlag zugelassen worden waren. Schon vor etwa vier Jahren zeigten sich die ersten Bergschäden an dem Gebäude, und die elektrische Zentralanlage mußte stark verankert werden. Am Donnerstag zerfiel der Bau in zwei Teile, und darauf folgte in der Nacht der Einsturz. Der etwa acht Meter entfernte stehende, 72 Meter hohe Schornstein ist merkwürdigerweise von der Katastrophe unberührt geblieben.

☞ [Ein dunkler Vorgang.] Auf dem Wege von Schomburg nach Beuthen O.S. ist gestern vormittag der Stabs. Niederny erschossen worden. Er war von der Marinebrigade verhaftet worden und soll, wie gemeldet wird, verurteilt haben, zu entscheiden. Der Getötete gehörte der polnischen Fraktion an. Ueber den Grund seiner Verhaftung konnten wir Näheres nicht erfahren.

☞ [7 000 M. unterschlagen.] Am Montag ist von der hiesigen Kriminalpolizei ein Fahrkartenausgeber der hiesigen Station festgenommen worden, nachdem sich in dessen Kasse ein Fehlbetrag von 7 000 M. herausgestellt hatte.

☞ [Aus dem Zuge gesprungen.] Zwischen den Stationen Chorzow und Beuthen ist ein Strafgefangener, der zur Verbüßung einer 15 jährigen Zuchthausstrafe nach der Strafanstalt überführt werden sollte, aus dem Zuge gesprungen und entflohen.

Aus Gleiwitz Stadt und Land.

☞ [Umgestaltung der Krankenkassen.] Die Säkulgen der Krankenkassen müssen durch die neuere Gesetzgebung mannigfache Änderungen erfahren. Es wird deshalb vielfach gewünscht, daß entsprechend geänderte Musterstatuten herausgegeben werden. Deren Aufstellung empfiehlt sich aber zur Zeit noch nicht, da auf dem Gebiete der Krankenkassenversicherung in nächster Zeit noch größere Gesetzesänderungen vorgenommen werden müssen. In Frage kommen die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, die Wiedereinführung der hausgewerblichen Krankenversicherung, die Gleichstellung der landwirtschaftlich Beschäftigten mit den gewerblichen und die Ueberleitung der Krankenversicherung aus dem Kriegs- in den Friedenszustand. Ob nach diesen Arbeiten neue Musterstatuten aufgestellt werden müssen, oder ob man nicht lieber bis zur Durchführung der beabsichtigten allgemeinen Reform der Krankenkassenversicherung wartet, läßt sich noch nicht übersehen. In dieser Meinung ist der Reichsarbeitsminister, das Reichsversicherungsamt und der Minister für Volkswohlfahrt einig.

☞ [Die Ausbildung der Kommunalärzte.] Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat Richtlinien für die Ausbildung von Kommunalärzten herausgegeben. Für die in der praktischen Betätigung der gemeinlichen und Krankenfürsorge örtlich mitarbeitenden Ärzte, d. h. für Tuberkulose-, Säuglings- und Kleinkinder-, Krüppel- und Alkohol-Fürsorgeärzte ist der Nachweis der erforderlichen fachärztlichen Kenntnisse und eine halbjährliche Hilfsfähigkeit auf dem betreffenden Fürsorgegebiete erforderlich. Für Schulärzte wird noch der Nachweis, daß er einen besonderen staatlich anerkannten Ausbildungslehrgang von mindestens sechs Wochen Dauer durchgemacht hat, verlangt. Kommunalärzte, die der Gemeindeverwaltung in allen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege und der sozialen Hygiene als ärztliche Berater dienen sollen, müssen eine weit umfassendere Sonderausbildung nachweisen. Sie müssen die allgemeine soziale Hygiene praktisch studiert haben und die verschiedenen Untersuchungsmethoden der Hygiene kennen.

☞ [Erhöhung des Zahnärzt Honorars.] Man bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen: Im Hinblick auf die ständig zunehmende Teuerung, die ständige Steigerung der Gehälter für Assistenten und Assistenzpersonal sowie die hohen Unkosten für Materialien sind die Zahnärzte nicht mehr in der Lage, ihren Honorarforderungen die veraltete Gebührenordnung von 1895 zugrunde zu legen. Die zahlrätlichen Vereine haben daher den Beschluß gefasst, daß für alle zahnärztlichen Leistungen eine den Zeitumständen angepaßte Erhöhung der früheren Honorare nachzuerlösen soll.

☞ [Abschiedsfeier der Reichswehr.] Bürgerschaft und Militär unserer Stadt hatten sich am Montagabend im Saale der „Neuen Welt“ zu einer Abschiedsfeier zusammengefunden, die durch die Darbietungen von Sinfoniestücken und Vereinen verschönt wurde. Den Auftakt gab Herr Rektor Urbanek in seiner Begrüßungsansprache. Die Militärkapelle intonierte Musikstücke, worauf der Terzianer G. Lwow einen Prolog „Ein letzter Gruß“ wirkungsvoll zum Vortrag brachte. Unter Chorleiter Gebauer bewährter Leitung trug Herr M. G. B. „Wiederkehr“ a) „Das deutsche Lied“ von Kalliwoda und b) „Verraucht und verrotten“ von Jilke wohlhabend vor. Herr Wilms erreichte dann die Teilnehmer mit seinen schönen Vortragsvorträgen. Die Abschiedsworte hielt der Direktor der Maschinenbau- und Hütteneschule, Herr Dipl.-Ing. Müller. Nicht Trauer allein, sondern Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen soll alle erfüllen. Er gedenke, daß Oberschlesien ein Land deutscher Kultur sei und in dem Hinblick auf die Zukunft und das Wiedersehen

sollten alle aushalten. Nach der Rede der Kommandanten der Nationalhymnen gesungen. Die Kommandantenabteilung des M. L. W. führte einen energiegeladenen Vortrag. Herr Schmigel trug ein prägnantes tiefempfunden vor, und nach einer Kaffeepause wartete der Männerchor des Gleiwitz-Petersdorf unter der Leitung von Herrn Mendelssohn-Bartholdy auf. Herr Wilms dankte dann noch ein Baritonlied und die turnerischen Darbietungen des M. L. W. am Barren zeigten eine exakte Durchführung. Den übrigen Teil füllen Vieder zur Laute und Männerchöre.

☞ [Milchversorgung.] Montag fand eine Versammlung der Vertrauensfrauen statt, welche auf Antrag der weiblichen Stadtverordneten erfolgte. Es wurden die Milchkontrollen in den einzelnen Milchgeschäften zu übernehmen. Es wurde folgende Entscheidung angenommen: „Die Vertrauensfrauen sollen energisch eine bessere Milchversorgung der Stadt Gleiwitz, da nach Ansicht sämtlicher Anwesenden die Milchversorgung der Stadt sonst zu einer Katastrophe für die Bevölkerung führen würde. Die Regierung soll ersucht werden, mit allen Mitteln darauf bedacht zu sein, auch aus den Besatzungstruppen der Feststellungen Breslau und Gloggnitz größere Mengen für Oberschlesien, insbesondere für die Städte Gleiwitz, heranzuschicken.“ Es entspann sich im weiteren Verlauf eine lebhafte Aussprache über die Sachlage, welche vorgezeigt, wie man mittels der Milchprüfer die Milch prüfen könne; auch wurden zur Erhellung der Sachlage einige Stundenplan aufgestellt. Es wurde beschlossen, am 1. Februar an die Kontrolle in den Milchgeschäften gründlich durchzuführen. Die Tätigkeit der Vertrauensfrauen ist, wie folgt, gebildet. Die betreffende Vertrauensperson begibt sich in ihr zugewiesenen Milchladen kurz vor Beginn des Milchverkaufs. Sie öffnet vor dem Verkauf die Milchkanne, die plombiert sind, in Gegenwart des Milchhändlers. Der Milchhändler gibt die Milch aus, die Vertrauensfrau empfangt die Marken. Es wird nur zunächst M-Markten, d. h. auf Säuglingsmarkten, die Milch verkauft; erst wenn nach einer Stunde solche Marken vorangelegt werden, darf die Milch auch auf Krankenmarkten verkauft werden. Bleibt dann schließlich Milch übrig, so können auch die B, C und D-Markten Milch beliefert werden. Die Vertrauensfrauen erheben die Marken an sich und reichen diese mit einer besonders hierfür entworfenen Formulare an demselben Tage noch an das Stadtmagistratsamt in eingeschlossenen Umschlag ein. Dieses verzeichnet nach dem eingeschlossenen Marken die Milchmenge, welche der Milchhändler ausgegeben haben muß, und diese Milchmenge wird dem Milchhändler in Anrechnung gebracht. Gleichzeitig berichtet die Vertrauensfrau, wieviel Milch der Milchhändler erhalten, wenn er die Milch abzugeben hat, ob und wieviel Kannen plombiert worden sind oder nicht, ob die Milch sauer oder in irgend einem anderen schlechten Zustande war, ob und wieviel Marken der verschiedenen Art sie eingenommen hat, und wieviel Liter Milch tatsächlich nach diesen Marken ausgegeben worden sind. Im übrigen merke, daß bereits bei den Verordnungen eine Menge von Anstimmigkeiten sich ergeben haben. Es verfährt Milch gefunden, es ist auch abgerahmte Milch zu Butterweiden zur Seite geschafft Milch abgegeben worden. Gegen die Schulbigen wird seitens des Magistrats rücksichtslos vorgegangen. Milchhändler, die den festgestellten Milchmengen nicht entsprechen, werden zur Verantwortung gezogen, in schlimmen Fällen wird ihnen die Milchzufuhr entzogen.

☞ [Stadttheater.] Dienstag: Goethe-Weißtag mit den drei Emaltern: „Die Götter“, „Die Verliebten“ von Joh. Wolfgang v. Goethe, „Die zerbrochene Krug“ von Heinrich v. Kleist, „Schwarzwaldbäuerl.“ Donnerstag: Aufführung der großen Operette „Drei alte Schachteln.“ Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Wiederholung des „Goethe-Kleist-Abende.“ Sonntag nachmittags: „Schöne vom Strand.“ Abend: „Drei alte Schachteln.“

☞ [Der Vaterländische Frauenverein.] Provinzialverein Berlin, bittet uns, mitzuteilen, daß angesichts der erschreckenden Zunahme der Tuberkulose im Kindesalter bei ihm eine kleine Schrift herausgegeben wurde: „Die Tuberkulose im Kindesalter“, die in ihrem Verlage Frabenstraße 1 zum Preise von 40 Pf. erhältlich ist.

☞ [Berichtigung.] Man bittet uns um Berichtigung dahingehend, daß das an den Kaiser sandte Glückwunschtelegramm der Oberschlesianer vom Gymnasium nicht von der ganzen Klasse, sondern nur von einem Teil der Schüler gefasst worden ist.

☞ [Beschworenen-Auslösung.] Für die am Montag den 8. März beim Landgericht Gleiwitz beginnende diesjährige Schwurgerichtsperiode wurden ausgestellt: Kaufmann Czeppan, Hindenburg; Ingenieur Hohmann, Gleiwitz; Ratsh. Gleiwitz; Schichtmeister Friedrich, Gleiwitz; Baugewerksmeister Polke, Wieschitz; Oberingenieur Kahlid, Laband; Bergassistent Gerke, Mittel-Lagisz; Schichthofdirektor Proesse, Hindenburg; Kaufmann Deder, Müllschütz; Ingenieur Wudy, Gleiwitz; Bergwerks-Verwalter Schweder, Bistupitz; Ingenieur Blawke, Bistupitz; Obermeister Scher, Bistupitz; Werkmeister Barsch, Bergwerk; Schichtmeister-Assistent Janel, Bistupitz; Bergwerkdirektor Hoffmann, Borsigwerk; Chemiker Bandeband, Schichtmeister Scholtzschel, Borsigwerk; Bergwerksbesitzer, Gleiwitz; Wirtschaftsinспектор Kalliwoda, Bistupitz; Rechnungsführer Dietner, Bistupitz; Obermeister Widner, Bistupitz; Kreiswegemeister Kozuba, Tost; Ingenieur Stahl, Bistupitz; Schichtmeister Kühn, Bistupitz; Steuer-Inspektor Sonntag, Gleiwitz; Bergwerksrat Baumgart, Bistupitz; Ingenieur Werner, Hindenburg; Kaufmann Josef Danziger, Gleiwitz und Dipl.-Ingenieur Heermann, Gleiwitz.

☞ [Allerlei Diebstähle.] Gelangten zur Anzeige. Erbrochen wurde der Stall eines Weidmanns von der Bergwerksstraße und daraus Kaninchen, der Keller eines Cafetiers von der Wilhelmstraße und daraus 18 Flaschen Wein gestohlen. — Einer Schauspielerin wurde eine rote Korallenkette, einem Postkassener eine Bistupitzerstraße eine Zinkbadewanne und ein Frau von der Schützenstraße verledene Wäschestücke im Gesamtwerte von 700 Mark entwendet.

Aus dem Kreise Kattowitz.

☞ [Die Schlesische Kleinbahn-Aktiengesellschaft.] Bittet um Aufnahme des Folgenden: „Die in den letzten Monaten in der Erscheinung getretene erschreckende Steigerung aller Preise für Betriebsmaterialien wie die Notwendigkeit, dem gesamten Personal der hiesigen Teuerungsverhältnissen angemessene Gehälter seines Einkommens zuzubringen zu lassen, sind demnach hohe geldliche Anforderungen, das aus den derzeitigen Einnahmen trotz der im November vorgenommenen Tarifierhöhung nicht gedeckt werden können. Es müßte daher zum 1. Februar eine neue

Zurückführung erfolgen, die in dem Angegebenen bereits veröffentlicht ist. Ob die dadurch zu erwartende Mehreinnahmen dazu ausreichen werden, die derzeit außergewöhnlich hohen Mehraufwendungen zu decken, muß abgewartet werden. Infolge der Unmöglichkeit, neue Fahrpläne zu beschaffen, und der dazugehörigen Weiterentwicklung der alten Scheine wurde die notwendigste Aufhebung der Fahrpreisaffektung, wonach die Preise bei längeren Fahrten nur 2 oder sogar erst nach 3 Teilstrecken festgesetzt sind, durchgeführt. Hierdurch erklären sich die doch immer sehr billigen Fahrpreise für längere Fahrten. Die ausgegebenen alten Fahrpläne werden zum Doppelpreis des aufgedruckten Preises verkauft.

[Von der Marienkirche.] Kapian Franz Rania von der St. Marien-Pfarrkirche ist nach Sohrau O.S. versetzt.

[Geldheerlaufkader.] In der Nacht zum 28. d. Mts. ist in die Büroräume der Oberschlesischen Bierbrauerei, Paulstraße, eingebrochen und der darin befindliche Geldschrank seines Inhaltes beraubt worden. Vermutlich wurden demtrotz 2000 bis 4000 Mk. geraubt.

[Großen Zudermarkenscheinungen] ist man, wie bereits berichtet, in Katowiz auf die Spur gekommen. Führer wurden wegen Verkaufes bzw. Vermittlung des Betrags von Zudermarken für den Wintergefahr festgenommen. Die Täter haben ein vollständiges Verzeichnis abgelegt, weshalb auch die Festnahme der übrigen Beteiligten baldmöglichst erfolgen dürfte. Die Zudermarken wurden an 25. d. Mts. durch zwei hiesige Personen von auswärtig nach Katowiz gebracht, wo sie durch Vermittlung ortsfundiger Freunde an eine Handlerin verkauft wurden. Die Frau zahlte für 1000 Marken 6500 Mk. Als sie die Marken gegen Zude einzuweisen wollte, erfuhr sie zu ihrem Schrecken, daß die Marken gefälscht waren. Die Marken sind in der Mitte mit einem roten Reichsadler versehen. Im ihr Geld zu retten verläufte die Frau den größten Teil der Marken, was ihr insofern leicht war, als die Verkäufer Marken nicht vorausgab waren und das Publikum deren Aussehen noch nicht kannte.

[Das Fest des silbernen Ehejubiläums] feierte am Sonntag das Johann und Martha Gernerzki Ehepaar hier selbst.

[Die obereschlesische Kohlenkonvention] ist auf weitere fünf Jahre, d. i. bis 30. September 1925 verlängert worden.

[Von Mitgliedern des Vereins technischer Oberbeamten Oberschlesiens.] Ernann wurden: Obersteiger Roman Bednorz von Cornwalls-Freudegrube, Obersteiger Karl Seidel von Mathilde-Grube-Ostfeld und Obersteiger Karl Jabrynski von Einmagrube von Bergewalter; Fahrsteiger Max Nischel von Mathilde-Westfeld und Fahrsteiger Hubert Schoen von Mathildegrube-Ostfeld von Obersteigern.

[Nach der Schweiz entsandt werden noch] Februar 25 katholische Knaben und 25 katholische Mädchen der Stadt Katowiz. Wegen Entsendung andersgläubiger Kinder werden nach Verhandlungen gepflogen werden.

[Erhöhung der Preise für Mineralwasser und Mineralbäder.] Die fortgesetzte Erteigerung für Rohmaterialien, insbesondere für Futtermittel, Eöhne und Löhne (siehe hierzu a. F. Nr. 160 per Stück ohne Gummierung) hat die Berechtigung Oberschlesischer Wasserwerksbetriebe zuzunehmen auch die Preise für Mineralwasser um etwa 25 Proz. zu erhöhen. Der Preis für eine Flasche Limonade wird sich auf 1 R. 40 Pf. und für Selterwasser auf 30 Pfennig erhöhen.

[20 000 Kronen Belohnung.] In der Nacht zum 22. Januar wurde bei der Gutsverwaltung in Ernsdorf ein Kasseneinbruch verübt, welchem 17 000 Kronen und Schmuck im Gesamtwert von 1/2 Million gestohlen wurden. Das hiesige Polizeiamt Bielitz hat auf die Ergreifung der Täter 20 000 Kronen Belohnung ausgesetzt und bittet um zweckdienliche Angaben.

Saluscha Kontak, Mieschowitz; Wlogaza Hermann, Himmelmiz, Kr. Groß-Strehlitz; Hante Alfred, Radzionkau; Hoffmann Gerhard, Tarnowiz; Henschel Albert, Beuthen OS., John Alois-Köschgen, Kr. Lublitz; Kloss Paul, Tarnowiz; Kubiha Georg, Königshütte; Kubiha Paul, Beuthen-Rosberg; Marx Erwin, Rudowa; Marjura Erwin, Tarnowiz; Mieschowski Josef, Zawadzki, Kr. Groß-Strehlitz; Mittitz Friedrich, Tarnowiz; Pielt Georg, Boronow, Kr. Tarnowiz; von Piotrowski Alfred, Czechlau, Kr. Tarnowiz; Ralowski Artur, Zaborze; Sänger Josef, Johndorf, Kr. Brieg; Schyblo Wilhelm, Friedrichswille, Kr. Tarnowiz; Schyma Heinrich, Beuthen-Karst; Suder Georg, Oppeln; Swienty Paul, Beuthen-Rosberg; Theuer Georg, Tarnowiz; Wybranitz Paul, Jaskowiz, Kreis Oppeln; Zembal Karl, Bleß; Pylt Alfred, Turawa, Kreis Oppeln.

[Die polnische Mark und die deutschen Gläubiger.] Die Zentrumsabgeordneten Gospos, Letocha und Behrend-Danzig haben in der Preussischen Landesversammlung folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet:

Durch die Anordnung der polnischen Regierung, daß die polnische Mark das einzig gültige Zahlungsmittel in Polen einschließlich der abgetretenen Gebiete ist, und angesichts des niedrigen Standes der polnischen Valuta drohen den deutschen Gläubigern, namentlich solchen, die Gelder auf Hypotheken in den abgetretenen Gebieten stehen haben, große Verluste. Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zur Abwendung dieser Verluste zu ergreifen?

[Speisefettverkauf.] In der Woche vom 2. bis 8. Febr. gelangen auf Abschnitt 3 der Speisefettkarte 50 Gramm amerikanisches Schmalz, 50 Gramm Margarine und als Sonderzusatz 100 Gramm Margarine zur Ausgabe. Der Verbraucher zahlt für 1 Pfd. Schmalz 8,40 Mark für 1 Pfd. Margarine 8,40 Mark.

Aus dem Kreise Hindenburg.

Kreistag in Hindenburg.

Da zehn Kreistagsmandate zurzeit unbesetzt sind, war am Sonnabend erst der zweite, um 1/2 Uhr (1/2 Stunde nach dem ersten) einberufene Kreistag beschlußfähig. Infolge Krankheit und dienstlicher Behinderung durch eine Sitzung der Großindustrie in Katowiz waren nur zehn Mitglieder des Kreistages erschienen. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Landrat Dr. Suermond an seine Abschiedsworte anlässlich des letzten Kreistages und teilte mit, daß noch keine Anweisung für die Neuwahlen zum Kreistage erteilt worden ist, weshalb noch die alten Mandate bestehen bleiben. Einige wichtige Sachen, die keinen Aufschieb mehr erdulden, hätten die Einberufung des Kreistages erforderlich erscheinen lassen. Sodann widmete der Landrat den seit der letzten Tagung verstorbenen Kreistagsmitgliedern, Direktor Eugen Polak in Hindenburg und Maschinensteiger August Budny in Kunzendorf, warme Nachrufsworte. Die Versammlung ehrte das Andenken der beiden verdienstvollen Männer in üblicher Weise.

Der erste Punkt der Tagesordnung: „Prüfung, Feststellung und Entlastung der Rechnung der Kreisfinanzverwaltung für 1916“, über den Amts- und Gemeindevorsteher Czajka-Bieschowitz referierte, fand durch Verhandlung seine Erledigung. Wie der Landrat hierbei bemerkte, hat sich erfreulicherweise das Vermögen des Kreises um 278 000 Mark vermehrt, da in den letzten Jahren die Haushaltsüberschüsse in den Kreis fast völlig zurückgestellt worden sind. Durch den hierdurch beschaffenen Fonds werde die seit langem beschlossene Inhabung der Chaussee Gieschewitz-Morgenroth in greifbare Nähe gerückt.

Erörterung eines öffentlichen unparteiischen Arbeitsnachweises und eines Kreisberufsamtes für den Kreis Hindenburg.

Im hiesigen Kreise ist ein kommunaler Arbeitsnachweis, wie ihn eine Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vorschreibt, nicht vorhanden. Dagegen besteht hier seit dem 1. Juli 1903 für den Umfang des Kreises Hindenburg ein allgemeiner Arbeitsnachweis, der von der hiesigen Ortsgruppe des Örtlichenvereins seinerzeit gegründet wurde, von dieser auch jetzt betrieben und von Beiträgen der Industrie, des Kreises und der größeren Gemeinden unterhalten wird. Seit dem 2. Juli 1919 sind diesem Arbeitsnachweis auch die Gemeinden Miltwitzschütz und Pilschendorf aus dem Kreise Tarnowiz aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugeteilt.

Der Kreisauschuß hatte daher beantragt, der Kreistag wolle beschließen:

1. Für den Umfang des Kreises Hindenburg wird ein Kreisarbeitsnachweis errichtet. Die entstehenden Kosten sind bis zum 31. März 1920 aus verfügbaren Kreismitteln zu decken und ab dann aus dem Haushaltungsplan für das Rechnungsjahr 1920 zu übernehmen.
 2. Falls dem Kreisarbeitsnachweise die Gemeinden Miltwitzschütz und Pilschendorf zugeteilt werden sollten, wird der Kreisauschuß ermächtigt, mit den vorgenannten Gemeinden oder dem Kreise Tarnowiz ein Abkommen wegen anteiliger Tragung der entstehenden Kosten zu treffen.
 3. Dem Kreisauschuß wird die Ermächtigung erteilt, mit der hiesigen Ortsgruppe des Örtlichenvereins wegen Uebernahme ihres Arbeitsnachweises auf den Kreis gegen angemessene Bezahlung der Wirteinrichtung in Verbindung zu treten und gegebenenfalls diesen Arbeitsnachweis zu übernehmen und entsprechend den ergangenen Bestimmungen auszubauen.
- Der Kreistag beschloß dem Antrage gemäß. Falls die Uebernahmeverhandlungen mit dem Örtlichenverein nicht zu dem gewünschten Ziele führen sollten, so würde der Kreis, wie der Landrat bemerkte, gezwungen sein, einen eigenen Arbeitsnachweis zu errichten, wodurch der bestehende zur Bedeutungslosigkeit verurteilt werden würde.
- In unmittelbarer Verbindung mit diesem Antrage stand die folgende Vorlage: „Errichtung eines Kreisberufsamtes für den Kreis Hindenburg.“ Bekanntlich hat das Berufsamt die Aufgabe, Personen, die neu ins Berufsleben eintreten, oder ihren Beruf wechseln wollen, sowie die geistlichen Vertreter von Jugendlichen bei der Berufswahl zu beraten. Es hat dabei eine der volkswirtschaftlichen Lage entsprechende Verteilung der Arbeitskräfte und eine zweckmäßige Ausnutzung der vorhandenen Ausbildungsstellen zu erstreben und dahin zu wirken, daß bei der Berufswahl die körperliche und geistige Eignung, die Reife und die wirtschaftliche Lage des Wählenden angemessen berücksichtigt werden.
- Der Kreisauschuß beantragte, der Kreistag wolle beschließen:
1. Für den Umfang des Kreises Hindenburg wird ein Kreisberufsamt errichtet. Dieses wird mit dem Kreisarbeitsnachweis als selbständige Einrichtung verbunden.

2. Die durch die Errichtung des Kreisberufsamtes erforderlichen Geldmittel werden, soweit sie nicht durch Beihilfen des Staates, der Provinz oder durch freiwillige Spenden gedeckt werden, vom Kreise übernommen.

3. Der Kreisauschuß wird mit dem weiteren Ausbau beauftragt.

Der Kreistag erteilte auch hierzu seine Genehmigung. — Ebenso vom Beitritt zu der Ruhegehaltskasse des Provinzialverbandes von Schlesien, sowie zu der Einführung einer Steuerordnung zur Erhebung von Zuschlägen zur Grunderwerbssteuer, die bei vorläufiger Schätzung dem Kreis eine jährliche Einnahme von 8000 Mark verschaffen wird. — Der nun folgende Beratungspunkt: „Feststellung des Planes für die Verteilung der Kreistagsabgabenden des Kreises Hindenburg“ mußte vertagt werden, da seitens des Ministers des Innern über die rechtliche Anwendbarkeit der Verordnung betr. Anberaumung der Kreistagsneuwahlen auf den obereschlesischen Abstimmungsbezirk Bedenken geäußert worden waren, zumal auch die Ungültigkeitserklärung der Kommunalwahlen durch die Entente zu erwarten ist.

Ein Antrag auf Vererbung der Kreisordnung, wonach in Anbetracht der vielen unbesetzten Mandate der Kreistag schon beschlußfähig ist, wenn mehr als ein Drittel (16) der Mitglieder anwesend ist, fand gleichfalls Annahme. Bisher gehörten zur beschlußfähigkeit des Kreistages 23 Mitglieder. Nechtlige Gründe führten zu folgendem Antrage: „Wahl von zwei stellvertretenden Kreisaußschußmitgliedern.“ Der Kreisaußschuß ist nämlich gegenwärtig durch Verzug, Todesfall usw. auf vier Mitglieder reduziert. Da die Möglichkeit besteht, daß er durch die gleichen Ursachen noch mehr verringert wird, beschloß man antragsgemäß. Aus der Wahl gingen hervor Bürgermeister Schwann und Apothekenbesitzer Dr. Schapitz, beide in Hindenburg. — Zur Anrechnung auswärtiger Dienstzeit auf das Pensions- und Befoldungsdieneralter des Kreisaußschußstikenten, Sekretär Siegfried Reitersdorf von der Kreisfeischstelle gab der Kreistag seine Genehmigung. — Desgleichen zu der Wahl von Besitzern für das Mietseignungsamt gemäß der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietssteigerungen. Die von den einzelnen Gemeinden des Kreises aus den Mieter- und Vermieterkreisen hierfür eingesetzten Vorschläge wurden angenommen. — Nachdem man noch die Wahl von Schiedsmännern (zumeist Wiederwahl) getätigt hatte, machte der Landrat noch einige Mitteilungen, die mit der bevorstehenden

Aus dem Kreise Hindenburg.

Kreistag in Hindenburg.

Belegung des Kreises Hindenburg in Zusammenhang stehen, zum Teil aber inzwischen durch die Ereignisse überholt worden sind. Die Belegung wurde mit dem Kreis Bleß beginnt und sich vom Westen der Provinz Oberschlesien nach Oppeln zu vollziehen. Einige Züge französischer Alpenjäger haben bereits in den Vormittagsstunden des Sonnabends die Station Hindenburg passiert. Die Belegung des Kreises Hindenburg sei am Mittwoch, (4. Februar) zu erwarten. In welcher Stärke sie erfolgen werde, sei noch nicht bekannt. Für jeden Kreis habe man eine Art Zivilkontrollkommission vorgeesehen, der zwei Ententeoffiziere und sechs Mann angehören und die auch besondere Büros in Anspruch nehmen werden. Diese Kontrollkommission habe das Recht, Instruktionen zu erteilen und alle Änderungen zu treffen, die mit der bevorstehenden Volksabstimmung in Zusammenhang stehen. Zu diesem Zwecke werde auch in Oppeln ein höherer Verwaltungsbeamter als deutscher Befehlshaber tätig sein. Die staatliche, die Grenzpolizei und die Gendarmen würden nach wie vor bestehen bleiben, ebenso auch vorläufig, in Anbetracht der geringen Anzahl der Besatzungstruppen, die sogenannten „grüne“ Polizei; doch habe sich die Entente das Recht vorbehalten, diese umzuorganisieren. Die wirtschaftlichen Beziehungen, vor allem aber die Lebensmittelversorgung, bläben mit Deutschland in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die Belegung betrage im ganzen obereschlesischen Abstimmungsgebiet nur 19 000 Mann. Hiervon sollen 9000 Mann in Kasernen, der Rest in Schulen, Schlafhäusern usw. untergebracht werden. Es bestehe deshalb die Annahme, daß die Belegung für die einzelnen Kreise nicht groß sein werde. Die Gemeinden des Kreises würden über die Belegungsfälle noch rechtzeitig Mitteilung erhalten.

Der Landrat schloß gegen 5 Uhr den Kreistag mit der ersten Mahnung, Ruhe zu bewahren und allen auf tretenden Tartarnachrichten entschieden entgegenzutreten.

Keine Demonstrationen!

Der hiesige Polizeidirektor wendet sich mit folgender Mahnung an die Bevölkerung: Bei der bevorstehenden Beförderung der für die Besetzung Oberschlesiens bestimmten Truppen der alliierten Armeen auf den Eisenbahnen wird die Bevölkerung auf das eindringlichste ermahnt, alle Demonstrationen, sei es für oder gegen die alliierten Truppen und alles das, was irgend wie eine Störung der Beförderung herbeiführen könnte, aufs peinlichste zu vermeiden. Es liegt im Interesse der Bevölkerung selbst, daß der gesamte Transport der Truppen ohne jede Reibung vor sich geht.

[Der Truppen Abschied.] Am Sonntag vormittag hielt General v. Lütthich eine Bestätigung der hiesigen Truppenverbände, die auf dem Donnerstag-Abend in der Weichsel an der Weichsel in den Truppenparaden, die der Glatzabfuhr seinen Weg nahm und in dem von der Militärkapelle intonierten „Deutschland, Deutschland über alles“ seinen Ausklang fand. Trotz des regnerischen Wetters hatte sich zu dem militärischen Schauspiel eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden. Anschließend an den Paradezug und Promenadenkonzert in der Militärkapelle auf dem Bahnhofsplatz. Am Sonnabend nachmittag überflog in großzügigen Schläfen zwei deutsche Flieger unseren Ort, geschmückt mit Fahnen in den Reichsfarben. Gekannt wurden die deutschen Truppen auf dem hiesigen Bahnhof verladen und in der heutigen Nacht abtransportiert. Morgen erwartet man die französische Besatzung.

[Dämon Alkohol.] Am Sonnabend abend war der Ofenbauer Heberle aus Miltwitzschütz in der „Wilhelmshöhe“ in Hindenburg-Nord eingekerkert und mußte abends, da er total betrunken war, von Leuten in eine Wohnung getragen werden, wo er seinen Rausch auschlafen sollte. Am nächsten Morgen mußte der Inhaber der Wohnung die Wahrnehmung machen, daß H. tot war. Offenbar ist der Tod infolge Alkoholvergiftung eingetreten. Die Leiche wurde in die Leichenhalle des Auguste-Viktoria-Krankenhauses geschafft.

[Beim Einbruch ertappt.] Festgenommen wurde bei einem Einbruch in das Badehaus der Königin Luise-Grube der Gelegenheitsarbeiter Georg Schuchane aus Hindenburg wegen Diebstahls und Obdachlosigkeit. Er ist verdächtig, bei einem früheren Einbruch in das Badehaus dem Zimmerhauer Bernacki aus Hindenburg eine

silberne Herrenuhr gestohlen zu haben. Die Polizei fand bei ihm zwei auf fremde Namen lautende Lohnzetteln, die S. im Spiel gewonnen haben will.

[Festnahme eines Räubers.] Am 27. Januar, abends 7 Uhr brachen Banditen bei dem Mühlenteich Baron in Schwesterwitz (Kreis Kofel) ein, verletzten ihn schwer und beraubten ihn. Der Beraubte will die Verbrecher erkannt haben. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, einen der Banditen in Hindenburg festzunehmen. Er leugnet die Tat.

[Einbruchsdiebstahl.] In der Nacht zum Sonntag wurde in eine Mauerwohnung auf der Kronprinzstraße 114 eingebrochen und Sachen im Werte vor etwa 800 Mark gestohlen.

[Die Mietsunterstützungen für Kriegserfrauen u. Hauswirte] wird am 6. d. M. Kaniastr. 8 gezahlt.

[Vom Kaffintheater.] Ein Opfer der Gruppe wurde am Donnerstag das Mitglied des Beuthener Stadttheaters, Herr Schumann, der noch am vorigen Dienstag die Operettenaufführung „Ein Walzertraum“ leitete und sich in der Fürstentrolle erfolgreich betätigte. Auch unter den übrigen Künstlern des Stadttheaters sind einige Erkrankungsfälle vorgekommen.

[Zaborze. (Von Tobsucht befallen)] wurde der 26 jährige Grubenarbeiter Magiera von der Mittelstraße 21, der dort, jung verheiratet, bei seinen Schwiegereltern wohnt. Die Sicherheitspolizei mußte den rasenden Mann nach dem St. Josefsstift überführen.

[Miltwitzschütz. (Fleischbeschlagnahme.)] Ein Kattowitzer Schieber hatte in hiesigen Geschäften etwa 180 Pfund Fleischwaren zusammengekauft, um sie nach Chemnitz und Leipzig zu verschleppen. Die Ware wurde ihm auf dem hiesigen Postamt beschlagnahmt.

[Fünf tödliche Grippesfälle.] sind in vergangener Woche im hiesigen Orte gemeldet worden.

[Groß-Daniow. (Den Bod zum Ziergärtner.)] Das Schöffengericht verurteilte zwei Mitglieder der Volkswehr, die in den hiesigen Waldungen beim Wildern ertappt worden waren, zu je 300 Mk. Geldstrafe.

[Bieschowitz. (Zwei geheime Spiritusbrenner.)] die Arbeiter Sz. und B. aus Rebendorf, wurden vom Schöffengericht zu 1030 bzw. 530 Mk. Geldstrafe verurteilt.

[Ruba. (Lebensmittelausgabe.)] Am Sonnabend, den 7. Februar 1920 gelangen bei den Kaufleuten für die Woche vom 1. bis 7. Februar d. Js. bestimmten Lebensmittel zur Ausgabe und zwar: 1/2 Pfund Haferflocken für 0,30 Mk., einachtel Pfund Nudeln für 0,15 Mk., 1/2 Pfund amerik. Maismehl für 0,50 Mk., 1/2 Pfund Auslandszucker für 3,75 Mk., 1/2 Pfund Grises für 0,46 Mk., 1 Päckchen Zwieback für 0,70 Mk., 1/2 Pfund Sago für 0,70 Mk., 1/2 Pfund geschälte Bohnen für 0,68 Mk., 120 Gramm Kakaopulver für 2,80 Mk., 170 Gramm inländ. Margarine für 1,95 Mk. und 30 Gramm Butter für 0,90 Mk.

Aus den Kreisen Kjonik u. piß.

[Menschenauflauf. — Gerüchte.] Sonntag nachmittag entstand vor dem früheren Hotel Bogoda ein Menschenauflauf, darunter Beamte der Sicherheitspolizei, wärende Frauen und Kinder und erregte Männer. Erzählt wurde, daß der Hotelpächter in Ausübung seines Hausrechtes einen Mann totgeschlagen habe. An Ort und Stelle gemachte Feststellungen ergaben, daß an dem „Totschlagen“ kein wahres Wort ist.

[Im Silberkranz.] Am heutigen Tage liegen hinter den Malermeister Eugen Heidt'schen Eheleuten 25 Jahre, seit sie im Schmutz der grünen Mütze den Bund für das Leben schlossen. Wir gratulieren herzlich.

[Goldmannsdorf, Kr. Bleß O.S. (Kircheneinbruch.)] In der Nacht vom 26. zum 27. d. Mts. ist hier ein frecher Kirchenbruch verübt worden. Die Kirchenräuber erbrachen den Tabernakel, beschädigten die Monstranz, von der sie einige Verzierungern losrißen und stellten sich 2 Speisekelche an der Kirchentür zur Mitnahme zurecht. Sie scheinen jedoch durch spät Vorübergehende in ihrer Arbeit gestört worden sein und stoben unter Zurücklassung der genannten Gegenstände. Hingegen raubten sie außer etwas Opfergeld aus 2 erbrochenen Opfertästen 5 wertvolle Altardecken, 2 Pflüchden und mehrere Leintüchlein. Der Schaden beläuft sich auf 3000—4000 Mk. Diesen Schaden hätte die sonst arme Pflüchden Gemeinde leichter verschmerzen können, wenn nicht die gottlosen Verbrecher das Allerheiligste auch geraubt und das Gotteshaus mit Menschenort besüßelt hätten. Auch solchen gemeinen Verbrechern, die in so entsetzlicher Weise das herabwürdigen, was ihrem Nebenmenschen so überaus ehrwürdig und heilig ist, die aus gemeiner Selbstsucht dem Mitmenschen solch bitteres Weh bereiten!

Gottesdienstordnung.

- Gottesdienstordnung für Gleswitz.**
- Allerheiligen-Pfarrkirche. Mittwoch, am 6 Uhr Jahresmesse für verst. Andreas und Josefa Malcherel, um 6 einhalb Uhr Begräbnis-Requ. für verst. Anton Tittelbach, um 7 einvierthel Uhr Cant. aufg. für ein Brautpaar, um 8 Uhr Cant. aufgesopfert für das Brautpaar Johannes Mannigel und Margarethe Menfel a. S. Gleswitz.
- Peter-Paul-Kirche. Mittwoch, um 6 Uhr Begr.-Requiem für verst. Karl Finger, um einhalb 7 Uhr Begr.-Requiem mit Cond. für verst. Anna Blaton, um 7 Uhr Begr.-Requ. für verst. Julius Cebulla, um 8 Uhr Begr.-Requiem für Hermann Heider.
- Pfarrkirche-Petersdorf. Mittwoch, um 6 Uhr Cant. für das Brautpaar Godulla-Schott, um einhalb 7 Uhr Begr.-Messe für verst. Johann Pawliczet, um 8 Uhr Beerdigung der Wittfrau Marie Kania. Hulbshinsky-Kapelle. Mittwoch, um 6 dreiviertel Uhr Requ. für verst. Unteroffizier Karl Fiegert u. Groß-Eltern.
- Gottesdienstordnung für Richtersdorf.**
- Mittwoch um 7 Uhr für verst. Victoria Galbierz.
- Gottesdienstordnung für Schönwald.**
- Mittwoch, am einhalb 7 Uhr Monatsrequiem mit Cond. und Salve für Jungfrau Marie Zurte, um einhalb 8 Uhr Beerdigung der Witwe Marianna Onda geb. Chudoba.
- Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubriken Hindenburg und Kjonik: Fr. Feldhuf jun. in Gleswitz; für den Kreis Hindenburg: Heinrich Wälloffe in Hindenburg; für Bleß-Kjonik: Arthur Trunhardt in Kjonik; für Kellwangen und Anzeigen: Joh. Kuczyn in Gleswitz. Zwillingss-Rotationsdruck und Verlag von Friedrich Feltzsch, Gleswitz.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.
Gleiwitz, im Januar 1920.
Theodor Schendzielorz
und Frau.

Am 31. Januar verschied nach 5tägiger, schwerer Krankheit mein Mitarbeiter
Herr Zimmermeister
August Held
im Alter von 31 Jahren.
Er war mir ein treuer, aufrichtiger und tüchtiger Berater. Sein Andenken werde ich stets in Ehren halten.
Gleiwitz, den 3. Februar 1920.
Hugo Zimmermann,
Wauer- und Zimmermeister.

Nach Gottes unerforschlichem Ratichluß starb nach kurzem schweren Leiden, wohlsehend mit den hl. Sterbesakramenten, am Sonntag abends 9 1/2 Uhr unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin, die Jungfrau
Gertrud Schönfeld
im blühenden Alter von 17 1/2 Jahren.
Im tiefsten Schmerz zeigen dies an mit der Bitte, der teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.
Wer unsere Trauer kannte, wird unsern großen Schmerz ermessen.
Die trauernden Eltern,
Geschwister u. Schwager.
Beerdigung Donnerstag, den 5. 2. 1920 um 3 1/2 Uhr vom Trauerhaus Poststr. 3 aus.

Am 1. Februar vormittag 11⁰⁰ Uhr verschied nach kurzen schwerem Krankenlager unsere gute liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter u. Schwester die **Witwe**
Agnes Schweda
geb. Fabian
im Alter von 57 Jahren.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Gleiwitz, den 1. Februar 1920.
Die trauernden hinterbliebenen Kinder.
Beerdigung findet am Donnerstag 4. Februar vormittag 8 Uhr im Trauerhaus Poststr. 34 aus statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes
Johannes Wehner
sagen wir auf diesem Wege dem hochw. Herrn Kaplan Kulozka für die trostreichen Worte am Grabe, den Hausbewohnern, die ihn während seiner Krankheit viel gutes erwiesen haben, der Fa. Weinmann & Lange, den Beamten und der Belegschaft der Fa. sowie allen Verwandten und Bekannten und denen die dem Verstorbenen das letzte Geleit gegeben haben ein herzliches „Gott vergelt's.“
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Heinrich Wehner nebst Frau u. Bruder.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme aus Anlaß des Heimganges meiner innigstgeliebten Frau, unser herzensguten Mutter,
Frau Klara Wieloch
sagen wir hiermit auf diesem Wege unseren tiefempfundenen Dank Ein herrliches „Gott vergelt's“ auch dem Herrn Oberkaplan Dr. Koczol für seine trostreichen Worte am Grabe. Herzlichen Dank auch dem Christlichen Mütterverein, sowie auch den Mitgliedern des Rosenkranzes, den Hausbewohnern und allen denen, die ihr in ihrer langen Krankheit beigestanden haben. Insbesondere danke ich den Mitarbeitern und Beamten der Wagenhaufwerkstatt.
Gleiwitz, den 3. Februar 1920.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Josef Wieloch
und Kinder.

Volksbildungsverein Gleiwitz.
Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr im oberen Stadtgartenaal
Vortrag
des Herrn Verbandsbibliothekar **Kaisig** über:
Literaturströmungen d. Gegenwart.
Zutritt unentgeltlich.

Anschließend laden wir zur
2. ordentlichen
Mitglieder-Versammlung
nach dem oberen Stadtgartenaal, Freitag, den 6. 2., abends 9 Uhr sämtliche Mitglieder unseres Vereins ergebenst ein.
Tagesordnung:
1) Bericht des 1. Vorsitzenden über die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1919, sowie Erteilung der Entlastung an den Vorstand.
2) Neuwahl des Vorstandes.
3) Sonstiges.
Gleiwitz, den 31. Januar 1920.
Der Vorstand.



Von Dienstag, den 3. bis
Donnerstag, den 5. Februar
Ein ganz besonders gut gewähltes
Glanzprogramm.
Hoch der goldene
Leichtsin!
Ein zeitgemäßes Lustspiel in 5 Akten.
Großer Lacherfolg!
Ferner:

Wetter-
leuchten
Drama in 5 Akten von Leopold Bauer.
Gespielt von allerersten Künstlern.
Gutes Theater-Orchester!

Festhalle Deutsches Haus
Gleiwitz Eingang Ring u. Wilhelmplatz.
Mittwoch, d. 4. Februar ab abends 7 Uhr
Lanz-Kränzchen.
Eintritt: Damen 1 Mark, Herren 4 Mark

Infolge ständig wachsender Eisenpreisen und sonstigen erhöhten Geschäftskosten sind auch wir gezwungen, die Preise für unsere Arbeiten
entsprechend zu erhöhen.
Unsere treue Kundschaft wolle dieses gest. berücksichtigen.
Die Freie Schlosserinnung Gleiwitz.

2500 Kilo Benzol
gegen Höchstpreis sofort abzugeben.
Maurermeister Josefek,
Gleiwitz, Rabzerstraße 5 a.

Kriegsanleihe in jeder Höhe zu kaufen gesucht.
U. M. Hellwig, Gleiwitz,
Krauprinzenstr. 3. Telefon 1295

Bei Todesfällen empfehlen wir unser
Beerdigungsinstitut
Zimniewicz & Paszek
Tel. 1426 Gleiwitz Tel. 1426
Kirchplatz 12 Ecke Ratiborerstr.
Billigste Preise! Grosses Lager!
Übernahme ganzer Beerdigungen.

Telefon 652. Telefon 652.
Stadttheater
Gleiwitz
Leitung: Margot Heide und Walter Matzdorf.
abends 8 Uhr
Montag, den 2. Februar abends 8 Uhr
Dienstag, den 3. Februar abends 8 Uhr
Zur ersten Male:
Goethe-Kleist-Abend
Die Geschwister von Joh. Wolfgang von Goethe. Die Laune des Verliebten von Joh. Wolfgang v. Goethe. Der zerbrochene Krug von Heinrich von Kleist.
Mittwoch, den 4. Februar abends 8 Uhr
Schwarzwaldmädel
Operette in 3 Akten von August Reihardt. Musik von Leon Jessel.

Offene Stellen.
Bedienung 4 x 8 W. B. G. Al. Sterbanstr. 13. 31.
Eine ehl. Bedienung für Born. gesucht. Käse Baier St. Tarnowkerhauffsee 4b.

Dienstmädchen
Sofort gesucht. Frau Vogt, Fernstr. Gleiwitz.
Fräulein, gewarnt im dem Publikum, das auch schriftliche Arbeiten verrichten, sowie Reize unternehmen muß, für sofort gesucht. Bewerbungen unter N. 225 an die Volkstimme Gleiwitz.

Buchhalterin, flotte Maschinenschreiberin u. Stenotypistin für mein Baugeschäft sofort gesucht.
Robert Josefek, Maurermeister.
Laufbursche oder **Laufmädchen** gesucht.
B. Milm an Ring
1 Laufbursche kann sich melden bei **Arnold Bese,** Gleiwitz, Ring 2.

Junger Mann, mit guter Schulbildung, kath. perfekter Stenograph, Schreibmaschinenkundig als **Hilfskraft** für Redaktion u. Korrespondenz von Zentrumszeitung gesucht. Angebote unter N. 224 an die Volkstimme Gleiwitz erbet.

Schneidergesellen, in und außer dem Hause, Großstück-Verarbeiter sucht bei höchsten Löhnen.
Emil Hanske, Gleiwitz Tarnowkerstr. 2.

Stellengefuche.
In einem Kolonialwarengeschäft mit Delikatessen od. Kleinteilen suche ich f. meinen Sohn zum 1. 4. cr.
Lehrlingsstelle kath. Chef's wollen Offert. gef. unter C. B 75. bis zum 15. 2. an die „Volkstimme“ in Hindenburg einreichen.

Zu verkaufen.
Gut erhaltener **Flügel,** schwarz, für 2400 Mk. zu verkaufen.
Gleim., Gr. Mühlstr. 17 v. I.
Gange Sireet 42, Kinder- u. Jaden, Damen-Mantel, Püschjacket u. schwarzer Muff gut erhalten, billig zu verk.
St. Oberwallstr. 32 II. Et. r

Belanntmachung.
Die Auszahlung der Unterstützungen u. der **Mieten für die Kriegerfrauen** an die Hauswirte findet am **Donnerstag, den 6. Februar 1920** im Kriegsunterstützungsbüro, Raniastraße Nr. 8 statt.
Hindenburg D/S, den 31. Januar 1920.
Der Gemeinde-Vorstand.

Achtung!
Hochtragende
importierte
Rühe
und Kalber steifen sofort zum Verkauf.
Johannes Frank, Oberaufkäufer
Gleiwitz, Oberwallstr. 22.

Herrenpelz, mittlere Größe, ist sofort zu verkaufen. Zu ertr. in der Geschäftshalle der „Volkstimme“ Hindenburg.
Beiz-Joppe (Hamster) preiswert zu verkaufen. Oberwallstr. 48 vorherre, rechts.
Gebr. Flugbaum-
Pianino, kreuzsaitig, Eisenbein-Klavatur, zu verkaufen.
Robert Flux, Gleiwitz, Poststraße 11.

Zu laufen gesucht.
1 Paar gezeichnete **Herren-Schnürschuh** Größe 40 zu laufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter N. 228 an die Volkstimme Gleiwitz.
Schneiderfisch auch Platte u. kleine Schneiderzettel zu laufen gesucht. Offerten unter N. 221 an die Volkstimme.

Lexicon. Offerten unter B 292 an die Volkstimme Gleiwitz.
Max Urfel, Kleinfabrikant in S. Pr.

Kammerlichtspiele Rybnik
Bahnhofstraße. Bahnhofstraße.
Achtung! **Erst-** **Achtung!**
ausführung
Dienstag, den 3. bis einicht.
Donnerstag, den 5. Februar 1920:
Gewissenlose Bestien 1. Teil.
Abenteuer-Roman in 4 Akten von **Iwan Sittorst.**
Darauf:
Die Geliebte des Verbrecherkönigs. Lustspiel in 2 Akten.
Frühlingsrauber in der Mark **Deutsches Tanzturnen.**

Spielzeit an Wochentagen v. 6 1/2—11 Uhr nachm. an Sonn- und Feiertagen von 3—11 Uhr nachm. Vorverkauf und Duhendbilletts im Ritarrengeschäft von **Königsberger.**
Voranzeige: Vom 6.—9. Februar.
Die Liebeschaften der Käthe Keller, Drama in 5 Akten: nach dem Roman von **Richard Stowronet** und
Die Briefe der schönen Klothilde. Humoreske.

Platin, sowie Gold- und Silbermünzen
kauft bedeutend über den höchsten Tagespreis
Uhrmacher Hugo Müller, Rybnik
Breitelstr. 10. Telefon 1063.

Gold und Silbergeld
kauft zu höchsten Preisen.
C. Breitschädel, Rybnik, Ring 7.

Durch Abichluß brauchen wir dringend rohe Ware und zahlen für
prima Steinmarder 1100 Mt.
do. Bannmarder 1200 Mt.
do. Zilse 240 Mt.
do. Maulwurf 10 Mt.
Eilfertig erbeten.
J. Dienstoff & Bruno Krause
Leipzig, Jahnstr. 31. Fernruf 9701.

Geldmarkt. Eine sichere zweittellige 5 1/2 % Anleihe von **33 000 Mark** unmittelbar hinter der Provinzialbank auf Gleiwitz Hausgrundstück ganz od. teilweise anzusetzen. Offerten unter N. 223 an die Volkstimme Gleiwitz.
Selbstgeber verleiht schnell Geld Katenze diskret gestattet.
1 Maus Hamburg 5

Heirat.
K. M. Beamter, in ar. Ver. und Hüttenverm. 35 J. über 10000 Mk. Eink., auch Kom. vorh., wünsch. da er nur Bekannntenskreis besitzt, auf diese Weise nur kath. Dan. zwecks späterer **Heirat** kennen zu lernen. Gest. Schriftl. u. Vermörensverhältnisse ausf. Aufschluß geb. erb. unter N. 223 an die Volkstimme Gleiwitz.

Wer heiraten will, stelle gegen Eink. 30 Bfg. den Scheidungsgehaltsanspruch in **Neurode i. Schlesien**

Verchiedenes.
Musikinstrumente jeder Art zu billigen Preisen.
Max Urfel, Kleinfabrikant in S. Pr.

Der Bruch mit Bismarck.

Bismarcks langjähriger Mitarbeiter, Staatsminister von Boetticher, hat „Aufzeichnungen“ hinterlassen, die demnächst unter dem Titel „Fürst Bismarcks Entlassung“ im Verlage August Scherl erscheinen.

Fürst Bismarck traf erst am 24. nachmittags in Berlin ein, nachdem er die Mitglieder des Kabinetts zu einer Staatsministerialsitzung auf 3 Uhr nachmittags an diesem Tage hatte einladen lassen.

In der Kronratsitzung, vor welcher der Fürst den Kaiser bereits unter vier Augen gesprochen hatte, entwickelte der Monarch sein Programm für die Fortbildung des Arbeiterschutzes.

Fürst Bismarck erwiderte der in der Staatsministerialsitzung getroffenen Abrede gemäß, daß die Sache zu wichtig und zu schwierig sei, um sofort über das Maß der anzustrebenden Ziele schlüssig zu werden.

Dann besprach der Kaiser die Stellung, welche die Regierung im Reichstage zu dem am nächsten Tage zur dritten Lesung gelangenden sogenannten Sozialistengesetz einzunehmen haben werde.

Fürst Bismarck ist sonst nie, oder nur höchst ungerne, an einem Freitag gereift.

und daß man keinen Anstand nehmen sollte, die von der Konservativen Partei gewünschte Erklärung abzugeben. Fürst Bismarck war anderer Ansicht. Er bezeichnete es als einen schweren politischen Fehler, wenn man dem Reichstage oder einer Partei deselben auch nur den Schein einer Nachgiebigkeit erweisen wollte.

Das Ergebnis der Beratung ging dahin, daß, nach dem Vorschlage des Fürsten Bismarck, die von der Konservativen Partei gewünschte Erklärung nicht abgegeben werden sollte.

Meine Frage, ob Seine Majestät geruhen wolle, den Reichstag am nächsten Tage Allerhöchstselbst zu schließen, bejahte der Kaiser. Mir lag es daher ob, noch in der Nacht die Vorbereitungen für den Schluß zu treffen und in Gemeinschaft mit Unterstaatssekretär Dr. Hoffe den Entwurf einer Thronrede zu fertigen.

Fürst Bismarck war nicht zugegen. Ich hatte vielmehr die Ehre, dem Kaiser die Thronrede im Weißen Saale des Schloßes zu überreichen. Beim Ausgange zum Weißen Saal traf ich mit Graf Herbert Bismarck zusammen, der mir in unfreundlicher Weise Vorwürfe machte.

Am Sonntag, den 26. Januar, fand eine Staatsministerialsitzung statt. Fürst Bismarck brachte dabei die Vorgänge, in der Kronratsitzung vom 24. zur Sprache und äußerte bezüglich des Wunsches des Kaisers in längerer Rede, daß er gereigt sei, auf diesen näher einzugehen.

Am 27. Januar erschienen wir Minister unter Führung des Fürsten Bismarck zur Gratulation. Der Fürst sprach in warmen Worten unsere Wünsche aus. Die Begegnung zwischen dem Kaiser und Fürst Bismarck war anscheinend eine so herzliche, daß man den Eindruck gewann, die Meinungsverschiedenheiten, wie sie sich in der Kronratsitzung geäußert hatten, würden keine weiteren Folgen haben.

beim Fürsten zu Tisch an. Das Diner fand am 3. Februar statt.

Die neue Umsatzsteuer.

III. Die Zugsteuer.

Die nach dem bisherigen Gesetz für die Lieferung bestimmter Luxusgegenstände im Kleinhandel erhöhte Steuer von 10 Prozent beträgt künftig gleichfalls 15 Prozent. Sie ist zu entrichten für:

- 1. Edelmetalle sowie Gegenstände des Juweliergewerbes oder der Gold- und Silberschmiedekunst aus oder in Verbindung mit Edelmetallen, wenn es sich nicht um eine bloße Belegung oder einen Ueberzug unedler Stoffe mit Edelmetalleiten handelt; Edelsteine, einschließt die synthetischen, und Perlen sowie Gegenstände aus oder in Verbindung mit Edelsteinen und Perlen;
2. Originalwerke der Plastik, Malerei und Graphik; Radierungen, Holzschnitte gelten als Originalwerke.
Kunstdrucke, die von der erhöhten Steuer frei, sofern es sich nicht um Vorzugsdrucke auf bestem Papier sind;
3. Antiquitäten, einschließlich alter Drucke, und Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, wenn diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen;
4. Gebinde oder sonstige Herstellungen aus Blumen und Pflanzen, wenn das Entgelt für die einzelne Lieferung, einschließlich der als Behälter oder zur Zusammenfassung oder Ausschmückung verwendeten Gegenstände, dreißig Mark überschreitet;
5. Reit- und Kutschpferde;
6. lebendes Wild.

Das Gesetz hat bei dieser Gruppe ausgesprochener Luxusgegenstände auf die Rückverlegung der Steuerentziehung zum Hersteller verzichtet, teils weil es dafür kein Hersteller überhaupt nicht gibt (Antiquitäten), teils weil der Hersteller selbst von der Abgabe, die ja den Käufer treffen soll, frei sein sollte (Künstler).

Grundlag ist, daß alle der erhöhten Steuer unterworfenen Gegenstände nur einmal mit 15 Prozent belegt werden sollen. Deshalb unterliegen Veräußerungen von Luxusgegenständen an Wiederverkäufer, selbst wenn sie im Kleinhandel erfolgen, nur dem Normalzins von 15 Prozent.

Erhöhte Steuer auf Leistungen besonderer Art. Die Steuer erhöht sich auf zehn vom Hundert des Entgelts I folgenden Leistungen:

- 1. der Uebernahme von Anzeigen, soweit sie sich nicht auf öffentliche Wahlen beziehen (Zeitungs-Inserate, Reklamen, Plakate);
2. der Gewährung eingerichteter Schlaf- und Wohnräume in Geschäften, Pensionen oder Privathäusern zu vorübergehenden Aufhalten, wenn das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung fünf Mark oder mehr beträgt;
3. der Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Werksachen, Luxusgegenständen, Pelzwerk, Bekleidungsgegenständen aus oder unter Verwendung von Pelzwerk;
4. der Vermietung von Reittieren.

Bei Leistungen der Nr. 1 und 2 bezeichneten Art tritt die Steuerpflicht auch ein, wenn der Leistende kein Unternehmer ist.

Die Veranlagung zur Steuer.

Die Steuer wird nach dem Gesamtbetrag der Entgelte berechnet, die ein Unternehmen im Laufe eines Kalenderjahres für steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen vereinnahmt hat. Bei der erhöhten Steuer beträgt der Steuerabschnitt grundsätzlich ein Kalendervierteljahr, doch kann auch hier auf besonderen Antrag die Berechnung nach Kalenderjahren gestattet werden.

Die Steuererklärung hat, wenn sie sich auf einen Steuerabschnitt bezieht, zu enthalten:

- 1. die Gesamtheit der vereinnahmten Entgelte, einschließlich der für steuerfreie Leistungen; nach Maßgabe der näheren Bestimmungen des Reichsrechts können hiervon Ausnahmen zugelassen werden;
2. die für steuerpflichtige Leistungen vereinnahmte Entgelte;
3. die Trennung dieser Entgelte, je nachdem sie Leistungen betreffen, die unter die erhöhte Steuer fallen; gilt für diese ein kürzerer Steuerabschnitt und ist daher über sie eine Steuererklärung bereits ab-

gegeben, so sind sie nochmals in der Steuererklärung für das ganze Kalenderjahr gesondert aufzuführen;

- 4. die zurückgewährten Entgelte (Retouren);
5. die beantragten Vergütungen.

Der Aufbau des Hunderttausendheeres.

Das „Heeresverordnungsblatt“ veröffentlicht Bestimmungen über die Bildung des Hunderttausendheeres deren Kenntnis für die unmittelbar beteiligten Militärpersonen notwendig ist, die aber auch die Öffentlichkeit angehen. Trotz der scharfen Auslese, die für das Zweihunderttausendheer getroffen worden ist, wird aus der Zahl der noch vorhandenen Kapitulanten nur etwa die Hälfte in Unteroffizierstellen des endgültigen Heeres übernommen werden können.

Der Rest der Mannschaftenstellen wird zunächst mit den vorhandenen Mannschaften besetzt, soweit sie den zu stellenden Anforderungen entsprechen, und bereit sind, die zwölfjährige Dienstverpflichtung zu übernehmen. Die schon geleistete Dienstzeit wird dabei angerechnet. Wenn damit der Bestand von Hunderttausend Mann, einschließlich der Offiziere, nicht erreicht wird, so werden auch neue Freiwillige eingestellt werden. Meldungen hierzu werden bereits entgegen genommen, ohne daß jedoch eine sichere Aussicht auf Einstellung am 1. April übernommen wird.

Voraussetzung dafür, daß sich überhaupt Freiwillige melden, muß jedenfalls sein, daß bald die Bedingungen bekanntgegeben werden, unter denen sie sich verpflichten sollen. Bisher ist die Öffentlichkeit darüber noch kaum unterrichtet worden. Der Entwurf des Reichswehrgesetzes wird wohl das Wesentliche enthalten. Da der Dienstvertrag für den Freiwilligen eine unkündbare zwölfjährige Verpflichtung enthält, so muß sich offenbar auch das Reich auf Gegenleistungen verpflichten, die es zwölf Jahre lang nicht zuungunsten des Freiwilligen ändern kann.

Der Generalpardon.

Das von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz über Steuernachfrist (Generalpardon) hat durch die Beschlüsse des Beherrauschusses folgende Form erhalten:

Im § 1 wird bestimmt, daß bei veräußertem Vermögens- oder Einkommensergabe der Steuerpflichtige und seine Erben von der Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Abgaben für die Zeit vom 1. April 1915 frei bleiben, wenn er sein Vermögen und sein Einkommen bis zum Ablauf einer Frist, die der Reichsminister der Finanzen festsetzt, richtig angibt. Auf schwerwiegende Verfahren wegen Steuerhinterziehung hat die Verordnung keinen Einfluß.

Im § 2 wird bestimmt, daß für die Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs das Anfangsvermögen berücksichtigt werden kann, wenn vor dem 31. Dezember 1913 vorhandenes Vermögen bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag nicht berücksichtigt worden ist. Von diesem nicht berücksichtigten Vermögen wird der zehnfache Betrag des zu wenig veranlagten Wehrbeitrags erhoben.

Nach § 3 verfällt das Vermögen, das nach dem Inkrafttreten der Kriegsabgabenerordnung bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer verschwiegen wird, dem

Zum Leben brauchst Du Brot und Kohle aus den Abstammungsgebieten.
Grenz-Spende für die Volksabstimmungen auf Postkasskonto Berlin 73776 oder auf Deine Bank!
Deutscher Reichsbund, Berlin NW 52

Arbeit adelt.

Original-Roman von S. Courth's-Mahler. (Nachdruck verboten.)

In Lissow wurde Ellnor mit großer Liebenswürdigkeit empfangen. Ellnor wußte jetzt, warum man ihr so entgegenkam. Wenn sie auch höflich und artig war, wie gegen fremde Menschen, blieb sie doch kühl und reserviert.

Mit großem Interesse sah sie sich in Lissow um. Hatte doch ihr Vater seine Kindheit und erste Jugend hier verlebt.

Nach einer Stunde verabschiedete sie sich wieder, damit sie noch bei hellem Tageslicht nach Lemkow zurückkehren konnte.

Kuno von Lissow wollte sie auf dem Heimweg begleiten, aber Ellnor lehnte entschieden ab. „Ich danke dir sehr, Onkel Kuno, aber das leide ich auf keinen Fall. Ich weiß von Gitta, daß du nur ungern ein Pferd besteigst. Da ich in hartem Trab heimkehren will bin ich in einer halben Stunde am Ziel. Der Weg ist mir nun bekannt, und da er gerade durch den Wald führt, kann ich mich nicht verirren.“

Da Kuno wirklich nur ungern ausritt, fügte er sich nach einigen weiteren Einwendungen, die Ellnor mit dem Hinweis, daß Gitta fast stets allein nach Lemkow zu reiten pflegte, entkräftete. „Besuche uns bald wieder, liebe Ellnor,“ bat Frau Helene dringlich.

„Gewiß, tante Helene. Wenn ich ohne Umstände kommen darf, werde ich es mir erlauben.“ „Aber Kind, du sollst dich doch bei uns wie zu Hause fühlen!“ rief Frau von Lissow vorwurfsvoll.

„Sei vorsichtig mit Diana!“ sagte Gitta beim Abschied warnend. Ellnor lachte fröhlich.

„Keine Sorge. Auf Wiedersehen!“ Sie grüßte mit der Reispflichte und ritt in schlanter Trabe davon. Ihre Verwandten sahen ihr mit gemischten Gefühlen nach.

Von Fritz von Lissows Brief war kein Wort erwähnt worden.

Als Ellnor eine Weile in schnellster Gangart dahingeritten war, hielt sie das Pferd an und ließ es im Schritt gehen. Tief atmete sie die herrliche Waldluft ein. Sehnsüchtig flogen ihre Gedanken zu Vater und Bruder.

„Wenn sie doch erst in Lemkow wären,“ dachte sie.

Aber dann richtete sie sich straff empor. „Die wenigen Monate vergehen bald,“ sie sich zum Troste.

Dann dachte sie über ihren Besuch in Lissow nach. Man hatte ihr so viel von Kotho erzählt. Demnach mußte er geradezu ein wunderbarer junger Mann sein. Aber Ellnor konnte an seine Vortrefflichkeit nicht glauben. Ihr Vater hatte ihr geschrieben, sie möge versuchen, in Frieden mit den Lissowern auszukommen. Das wollte sie auch tun, wenn es irgend anging.

Diana blieb schnuppernd stehen und nagte an einer Baumrinde.

„Nun, mein wackeres Pferdchen, willst du nicht weitergehen?“ fragte sie und sah mit aufleuchtenden Augen auf das junge, frisch knospende Waldesgrün.

„Deutscher Wald — dem meines Vaters Sehnsucht gilt! Oh, ich freue mich der schönen neuen Heimat,“ dachte sie bewegt.

In diesem Augenblick wurde auf ihrem Wege ein Reiter sichtbar, der ihr entgegenkam. Sie stuzten beide und sahen sich, mit großen Augen an. Unwillkürlich verhielt der Reiter neben Ell-

nor sein Pferd.

Es war Baron Heinz Vindeck.

Er zog die Miße und verbeugte sich. Er erkannte in ihr sofort das Original zu dem Bilde, das Heribert von Lissow ihm gezeigt hatte. Die Kunde, daß in Lemkow die neue Herrschaft eingetroffen sei, war auch zu ihm gedrungen.

Er wußte im Augenblick nicht, was er tun sollte. Aber als Ellnor die Zügel straffte und weiterreiten wollte, richtete er sich entschlossen auf. „Ich bitte um Verzeihung, mein gnädiges Fräulein wenn ich es wage, mich hier vorzustellen. Mein Name ist Vindeck — Baron Vindeck auf Vindeck. Ich komme soeben von Lemkow, wo ich mich erkundigen wollte, ob es wahr sei, daß die neue Herrschaft angekommen ist. Ich traf jedoch niemand und ins Haus wollte ich nicht gehen. Nun kann ich mich aber gleich durch den Augenschein überzeugen. Ich bitte nochmals um Entschuldigung, daß ich — ein wenig forntlos — die Gelegenheit benutzte, mich hier auf dem Wege vorzustellen.“

In Ellnors Augen leuchtete ein warmer Strahl auf als sie seinen Namen hörte. Den hatte Onkel Heribert so oft in seinen Briefen erwähnt. Das war Onkel Heriberts „lieber junger Freund“, den er so hoch geschätzt hatte.

Sie neigte anmutig das Haupt und Heinz Vindecks Augen hingen wie gebannt an ihrem schönen, strahlenden Gesicht.

„Sie kennen mich, Herr Baron?“ fragte sie erstaunt.

Er neigte das Haupt.

„Ihr Herr Großonkel hat mir Ihre Photographie gezeigt.“

„Und danach haben Sie mich gleich erkannt?“

„Ja, sofort. Außerdem aber reiten Sie Diana aus dem Lemkower Stall,“ sagte er lächelnd.

Sie zeigte auf sein Pferd.

„Ist das Satir?“

„Ja, das ist Satir, — jetzt mein liebstes und wertvollstes Pferd, weil es Ihr Herr Großonkel, mein väterlicher Freund, mir hinterlassen hat. Dies ist der Rigg, den er mir gleichfalls zum Andenken vermacht. Sie haben doch sicher in dem Testament Ihres Großonkels davon gelesen?“

„Ja, allerdings.“

„Ich darf mich also durch Satir und den Rigg sozusagen legitimieren, nicht wahr?“

Sie nickte lächelnd.

„Gewiß, Herr Baron. Sie müssen uns viel von Onkel Heribert erzählen. Er hat uns in seinen Briefen mitgeteilt, daß Sie fast täglich in Lemkow waren. Mein Vater wird sich herzlich freuen, Ihre Bekanntschaft zu machen.“

„Wann darf ich mir erlauben, ihn aufzusuchen?“

„Mein Vater wird frühestens im Herbst nach Deutschland kommen.“

Er sah sie überrascht an.

„Ihr Vater ist noch nicht in Lemkow?“

„Nein. Er konnte noch nicht abkommen. Da ihn bei der Erbschaftsübernahme jemand vertreten muß, so bin ich gekommen.“

„Er sah mit sonderbarem Gesicht auf das junge Geschöpf. Er leg ein großes Erschaunen, ein ethischer Zweifel an ihrer geschäftlichen Vollständigkeit in seinen Augen, so daß Ellnor lachen mußte.“

„Herr Baron, Sie haben soeben ein so zweifelndes erschauntes Gesicht gemacht, daß ich davon Ihre Gedanken ablesen konnte. Ich bin aber nun schon daran gewöhnt, daß man hier anzunehmen scheint, eine junge Dame sei in geschäftlichen Dingen ganz unbrauchbar.“

Seine Stirn rötete sich.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunales aus Oberschlesien.

Kattowitz.

Reiche. Die Eingehung erfolgt durch Bescheidungsbescheid des Finanzamtes, der im Berufungsverfahren anfechtbar ist. Ueber das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und vom Reichsnotopfer angegebene Vermögen im Auslande sowie über die Höhe des hiernach dem Verfall nicht unterliegenden Vermögens wird eine Bescheidungserteilung.

Durch § 4 wird die Reichsregierung ermächtigt, mit auswärtigen Regierungen Uebereinkommen wegen Einziehung der verfallenen, im Auslande befindlichen Vermögensgegenstände oder ihres Wertes abzuschließen. — Das Gesetz ist am 4. Januar 1920 in Kraft getreten.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in diesen Tagen in Gemeinschaft mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und dem Landwirtschaftsminister einen Rundschreiben ergehen lassen, der sich mit der so unangelegentlich dieser Tage Aufnahme von Kindern der städtischen und Industrieböden in ländlichen Familien befaßt. In dem Erlaß heißt es u. a.: „Da der Landaufenthalt der Stadtkinder nach der übereinstimmenden Auffassung aller maßgebenden Stellen, insbesondere des Reichsgesundheitsamtes, auch für die Zukunft als ein unentbehrliches und in seiner Art unerlässliches Mittel zur Hebung der Volksgeundheit anzusehen ist, muß in der Ausübung seiner Werte ungeachtet aller Hemmnisse um so mehr fortgesetzt werden, als in der allgemeinen Lage der Volksernährung eine nennenswerte Besserung leider noch immer nicht zu erhoffen ist.“

Dem Erlaß sind die vom Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“ auf Grund der vorjährigen Erfahrungen ausgearbeiteten Richtlinien beigegeben, nach denen die Durchführung zu erfolgen hat. Die Gliederung der Organisation, die bekanntlich das ganze Reich umfaßt, ist die frühere geblieben, wie auch die Einzelvorschriften, so insbesondere bezüglich der Verteilung der Aufnahmegebiete an die in Betracht kommenden Bezugsgebiete, den vorjährigen im wesentlichen entsprechen.

Die Zahl der erholungsbedürftigen, unterernährten Kinder in den Großstädten und Industrieböden ist nach wie vor ungeheuer groß, und angesichts der sich wieder verschärfenden Lebensmittelpenurie wird die Lage sich von Monat zu Monat trübsamer gestalten. Da wir infolge der Bewirtlichung des Friedensvertrages umfangreiche und in den früheren Jahren an Landstellen außerordentlich ergiebige Landestücke verlieren, wird es der Anstrengung aller Kräfte bedürfen, hier einen Ausgleich zu schaffen. Wenn der Bewegung nicht mit allen zu Gebote stehenden Mitteln neuer Schwung gegeben wird, wird es schwer halten, auch nur der allerdingsten Notlage abzuhelfen. Man darf wohl die feste Zuversicht hegen, daß die Landbevölkerung, wieder wie in den Vorjahren, ihre Hilfe nicht versagen wird und daß insbesondere auch die Geistlichkeit und die Lehrerschaft, deren Mitwirkung für den Erfolg immer entscheidend war, sich für die Werbetätigkeit nachdrücklich einsetzen werden. Das Reichsgesundheitsamt hat wieder, wie im Vorjahre, eine auf Grund neuesten Materials bearbeitete Flugschrift dem Verein zu Werbezwecken zur Verfügung gestellt. Die Aussendung der Kinder soll etwa im Mai erfolgen und der Landaufenthalt wie bisher möglichst 2-3 Monate dauern.

Die Pflege der Kunstidentmaler in Schlesien.

Der soeben erschienene neueste, sonst alle zwei Jahre erstattete Bericht des Provinzial-Konservators der Kunstidentmaler der Provinz Schlesien, des Landesbaurats Dr. Burgemeister, umfaßt die Zeit vom 1. Februar 1915 bis zum 31. Dezember 1918, enthält also zwei, auch äußerlich getrennte Berichte und ist in der gewohnten Weise mit Abbildungs-Tafeln und Bildern im Text ausgestattet.

Der erste Bericht, noch während des Krieges und voller Hoffnung auf dessen ehrenvollen Ausgang abgefaßt, erwähnt u. a. als wichtigste Arbeiten der Denkmalpflege in dieser Zeit die Instandsetzungen der St. Adalbertkirche in Breslau, der katholischen Pfarrkirche in Heinitz, der evangelischen Pfarrkirche in Goltberg, sowie Erweiterungsarbeiten der katholischen Pfarrkirche in Habelschwerdt und Groß-Wohberg, von denen die beiden letzteren zu Ende gebracht wurden. Hand in Hand mit den nicht unbeträchtlichen, baulichen Wiederherstellungsarbeiten gingen von diesen angeregt und sie zugleich beeinflussend wichtige kunsthistorische Ergebnisse der Untersuchung.

Der zweite Bericht beschäftigt sich, da in dieser Zeit schon jede Bautätigkeit ruhen mußte, um alle Arbeitskräfte und Rohstoffe nur dem einen Ziele des Krieges zur Verfügung zu stellen, mit den neuen Ansprüchen, die der Krieg an die Denkmalpflege stellte. In der Hauptsache handelte es sich um eine umfangreiche Gutachterleistung bei der Beschlagnahme der Glocken, der Zinnpfannen in den Orgelprospekten, des Hausgeräts von Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium usw., der Türbeschläge und Klinten. Von Glocken wurden als vorhanden in unserer Provinz festgestellt 6897 mit einem Gesamtgewicht von 2 419 781 Kilogramm. Davon sind abgeliefert worden 3694 mit einem Gesamtgewicht von 1 392 225 Kilogramm. Daneben durchgeführte scharfe wissenschaftliche Ueberwachung ist es gelungen, das geschichtliche Bild des Glockengusses in unserer Provinz vollständig zu wahren. Von Gießern, die von vornherein mit wenigen Stücken vertreten waren, sind meist alle von ihnen herrührenden Glocken erhalten worden. Eine genaue Bestandaufnahme aller in unserer Provinz vorhandenen Glocken, 750 Abformungen in Gips, 300 Durchreibungen und die Anfertigung einer großen Zahl von Photographien von Glocken waren ein sehr wesentlicher Nebengewinn der Arbeit. Ueberaus ferner war ferner das Ergebnis, daß Schlesien mit der Zahl der vorhandenen rund 2150 Dergeln an der Spitze aller deutschen Provinzen einschließlich der großen und reichen Rheinprovinz steht.

Schule und Haus.

Anderjuch für Unfälle im Schulbetriebe. Bei der gesetzlichen Regelung der Fragen des Jugendschutzes sind auch Maßnahmen erforderlich gegenüber den Gefahren, denen die Kinder durch den Schulzwang ausgesetzt sind. Nach dem geltenden Recht kann ein im Unterrichtsbetriebe verunglückter Schüler nur dann Schadenersatz erlangen, wenn es ihm gelingt, den Beweis zu führen, daß dem Lehrer oder dem Schulvorstand ein Verschulden an dem Unfälle zur Last fällt. Wenn z. B. bei einem chemischen Versuch ein Schüler das Augenlicht verliert und das Gericht feststellt, der Lehrer habe nicht schuldhaft gehandelt, so erhält der Verunglückte — wie es tatsächlich vorgekommen ist — keinen Pönal Schadenersatz. Dieser wenig befriedigende Rechtszustand erklärt sich daraus, daß im Bürgerlichen Gesetzbuch bei dem Kapitel der Haftung der besondern Fall, daß jemand im Interesse des Staatserfolgs zugunsten des Beamten und Soldaten Rechnung getragen und befreit worden, daß sie bei Gefahr auszugehen, nicht berücksichtigt worden ist. Die Richter sind daher gezwungen, bei Haftpflichtklagen von verunglückten Schülern nach den Grundätzen zu urteilen, die für die allgemeinen Lebensverhältnisse aufgestellt werden sind. In besondern Fällen ist diesem Umstand zugunsten der Beamten und Soldaten Rechnung getragen und befreit worden, daß sie bei

Zunächst wurde darüber Beschluß gefaßt, ob die Sitzungen wie bisher um 5 Uhr Nachmittags oder Abends 7,30 Uhr beginnen zu lassen. Man erkennt es an, daß die Dauerfragen wie sie bisher stattfanden höchst anstrengend waren, deshalb will man den Beginn wie bisher belassen, jedoch sollen die Sitzungen nicht über 7 einhalb Uhr währen. Darauf gab der Vorsitzende Kenntnis von dem Beschlusse des Vorbereitungsausschusses, durch den Magistrat bei dem Arbeitgeberverbande einen Antrag zu stellen, den Arbeitern eine Befreiungsbefreiung zu gewähren. Dann berichtete Stadtdr. Müller über die Notwendigkeit der Schaffung einer Einwohnerwehr. Diefem Gedanken soll näher getreten werden, die Wehr auf paritätischer Grundlage zu errichten und den städtischen Körperschaften die baldige Errichtung anzupfehlen. Die Verteilung der Kosten wurde besprochen und sollte von der Veranlagung dem sofort gewählten Ausschuss übertragen werden, doch wurde aus dem Kreise der polnischen Stadtverordneten Bedenken erhoben, weil diese Bürgerwehr als halbamtliche Einrichtung angesehen und deshalb aufgelöst werden kann, wenn die Entente-Kommission in Kraft treten sollte. In längerer Besprechung wurden die Bedenken bekräftigt und von Bürgermeister Leue empfohlen, mindestens die vorbereitende Kommission zu wählen, da dieselbe ebenfalls mit der Entente-Kommission verhandeln und von ihr Anweisungen entgegennehmen könnte. Diese Anregung fand die Zustimmung der Mehrheit, worauf 3 Magistrats- und 8 Stadtverordneten-Mitglieder in die Kommission gewählt wurden. Bürgermeister Leue beantwortete alsdann eine Anfrage betreffend die Beschlagnahme eines Quantums Schweinefleisch, wodurch jedes Bedenken gegen die Befreiung des Vorgehens schwinden mußte. Hieran schloß sich Bewilligung von Mitteln für die Verbesserung der Wasserleitung der 72. Straße am Kinderhort, weil es dort an einwandfreiem Wasser fehlt. Die Kosten wurden mit 500 Mark bewilligt. Ferner die Bewilligung von 55 000 Mark für die im Neubau des Krankenhaus für ansteckende Kranke auszuführende Arbeiten; desgl. für die Kanalisierung der verlängerten Gustav-Freitagstraße in Höhe von 5000 Mark, sowie von 90 000 Mark für Notstandarbeiten, um welche der Vorstandschlag von 200 000 Mk. überschritten wurde. Dann wurde der Fortfall eines besonderen Standesbeamten beschlossen und die Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes des verstorbenen Bauwarts Ottawia befreit.

Myslowitz.

Vorsteher berichtet, daß der Magistrat und der Vorbereitungsausschuss beschlossen haben, sich an dem Empfang der Besatzungstruppen zu beteiligen. Die Vorlage bezweckt, festzustellen, welche Stellung die Bürgerchaft und die städtischen Körperschaften dazu nehmen. Der Vorbereitungsausschuss habe beschlossen, daß auch die Körperschaften sich an der Begründung beteiligen, bezüglich der Ausschmückung der Häuser soll es dem Einzelnen überlassen bleiben. Stadtrat Köplich fragt über den Zeitpunkt und die Stärke der Besatzung. Justizrat Mierzewski teilt mit, daß er darüber noch keine Nachricht habe. Stadtdr. Dudaß beantragt, für diesen Zweck einen Kredit bis zu 5000 Mark zu bewilligen, denn die Besetzung komme in friedlicher Absicht, als Gäste, deshalb sei deren festlicher Empfang und Bewirtung gerechtfertigt. Stadtdr. Wuschalla legt die Stellung seiner Partei hierzu klar. Als er diesen Punkt auf der Einladung gelesen habe, da habe er sich denselben zweimal durchgelesen, denn er habe es nicht für möglich gehalten, daß man diejenigen, die unsere Gefangenen so lange zurückgehalten, hier festlich zu empfangen beabsichtigt. Es wäre doch dringend notwendig, auch die Gesinnung der Andersdenkenden zu schonen! Man möge doch bedenken, daß Deutschland doch nicht immer am Boden liegen bleiben wird. Sids. Jaleski ist der Ansicht, daß im Kriege die Polen ebenso ihr Blut vergossen wie die Deutschen und die Besetzung komme nicht als Militär, sondern in friedlicher Weise, er schlage daher vor, daß zur Begründung auf dem Rathaus die Fahnen der Koalition und auf dem Lyzeum die polnische Fahne wehen soll. Stadtdr. Dudaß unterstützt den Antrag und bemerkt, daß der Vorredner Wuschalla nicht berechtigt sei, von einer deutschen Stadt zu sprechen, denn bei den letzten Wahlen waren nur 20 Prozent deutsche und 80 Prozent polnische Stimmen. Stadtdr. Karolewicz bemerkt, daß die Besetzung nicht als Befreier kommt, denn befreien wollen wir uns selbst durch das Plebiszit, aber sie kommen als Freunde zu unserem Schutz. Stadtdr. Boblesla ist gegen jede Verwendung öffentlicher Mittel und will es dem Einzelnen überlassen, den Empfang nach seinem Ermessen auszugestalten. Stadtrat Köplich tritt dafür ein, den Empfang dem Magistrat zu überlassen, der dafür sorgen werde, daß der Empfang sich würdig ausstatte. Alsdann sprach noch der Stadtdr. Raminorz und der deutsche Sozialdemokrat Rotoff für die Vorlage; bei der Abstimmung wurde der Antrag mit einer größeren Mehrheit angenommen.

Groß-Strehlik.

Zahlreiche Zuhörer, auch Damen, verfolgten den Gang der Verhandlungen von der Galerie des Rathauses. Oberlehrer Guzy leitete die Verhandlungen. Die einzuführende Luftbarkettsteuerordnung kam in ihren einzelnen Positionen zum Ausdruck, die Vorschläge der Finanzkommission unter Dach; je dürfte aber für die nächste Zeit kaum den erhofften finanziellen Erfolg bringen, denn sie tritt erst mit ihrer Veröffentlichung in Kraft und bis dahin ist die Fassung und zugleich die Hauptzeit der Vergünstigungen bereits vorüber. Ob sie in Jahresfrist nicht schon grundlegender Änderungen bedarf, wollen wir dahingestellt sein lassen. — Gegen die Erhöhung der Wertzuwachssteuer erhoben sich keine Bedenken, dagegen nahm die Besprechung über die den städtischen Lehrern und Lehrerinnen zu gewährenden einmalige Teuerungszulage eine längere Zeit in Anspruch. Fast schien es, als ob bei allem Entgegenkommen eine Vertagung das Schicksal der Vorlage der Finanzkommission hinausgehender Antrag gefallen war; schließlich entschied aber doch eine knappe Mehrheit im Sinne des Kommissionsvorschlages, der die Zulagen auf 200 bzw. 300 Mark festsetzte unter der Bedingung, daß ein rechtlicher Anspruch darauf den Antragstellern nicht zustehe. — Den widersprechenden Meinungen über die Höhe der dem Vorliegenden des Mietseingangsamtes zu gewährenden Pauschalvergütung machte die Mitteilung des Magistratsdirigenten ein Ende, daß Amtsrichter Leue, für den Erlaß nicht vorhanden, die Weiterführung dieses Amtes abgelehnt habe. Dieser Punkt mußte daher von der Tagesordnung abgelehnt werden.

Gefahr auszugehen, nicht berücksichtigt worden ist. Die Richter sind daher gezwungen, bei Haftpflichtklagen von verunglückten Schülern nach den Grundätzen zu urteilen, die für die allgemeinen Lebensverhältnisse aufgestellt werden sind. In besondern Fällen ist diesem Umstand zugunsten der Beamten und Soldaten Rechnung getragen und befreit worden, daß sie bei

— Aus dem eingehenden Bericht des Stadtdr. Grieger über die Prüfung der Forstfassenrechnung erfuhr man viele interessante Einzelheiten aus den Einnahmen und Ausgaben unserer Forstwirtschaft. Die Befürchtung, daß die reichen Erträge dieses „grünen Schatzes“ uns in Zukunft gekümmert werden könnten, war leider nicht zu enträften. Von den Kenntnismessungen interessierten besonders die Anträge des Stadtdr. Gorus über die mangelhafte Milchversorgung und die darauf von der Verteilungsstelle gegebene Auskunft, daß bei einem Eingang von über 300 Litern pro Tag, die Kinder bis zu 6 Jahren täglich, die größeren Kinder und die Kranken alle 2 Tage regelmäßig beliefert würden. Bezüglich einer unterlassenen Fleischausgabe im Stadt-Schlachthaus sollen noch nähere Ermittlungen eingebracht werden und die Wahl einer besonderen Fleischverteilungskommission beauftragt werden. — Ueber eine ganze Reihe schriftlich eingebrachter Anträge der polnischen Fraktion, die verlesen wurden, ging die Besprechung, wie die hiesige Zeitung berichtet, ohne Debatte zur Tagesordnung über und vertagte wegen vorgelegter Zeit den Rest der Vorlagen bis zur nächsten Sitzung.

Peistretscham.

Mittwoch fand eine Stadtverordnetenversammlung statt. Gleich beim ersten Punkt setzte eine heftige Auseinandersetzung ein. Der Punkt betraf die Genehmigung der Magistratsbeschlüsse zwecks Vorbereitung der Neuwahl der unbesetzten Magistratsmitglieder. Dem Magistrat ist ein Wahlvorschlagnote eingereicht worden, welcher als Beigeordneten den Lehrer a. D. Mary und als dessen Ersatzmann den Kassenrentant Nowak vorschlug. Ferner kandidieren in ihm als Ratsmänner: Klempnermeister Hillinger, Bäckermeister Sceponit, Bahnenmeister Reiche und Kaufmann Franz Kowolik; als deren Ersatzmänner: Rechtsanwalt Böhm, Fleischermeister Robert Kaskuba, Aderbürger Andreas Wietshorke und Wolkereibesitzer Martin. Gegen diesen Wahlvorschlagnote und zwar gegen die Kandidatur des Kassenrentanten Nowak und Bahnenmeisters Reiche war ein Protest eingegangen. Dieser Protest begründet die Unzulässigkeit der Wahl beider Kandidaten dadurch, daß Nowak Gastwirt und Kirchenbeamter sei, und Reiche im Sinne des Gesetzes als Polizeibeamter gelte, mithin also nach der Städteordnung nicht wählbar seien. Dieser Verfügung besagt, daß Gastwirte und Beamte zu Magistratsmitgliedern nicht zu wählen sind. Dieser Protest verließ sich auf die alte Verfassung. Nach der neuen Verfügung sind alle Stände wählbar. Stadtdr. Nowak zog trotzdem die Kandidatur zurück und hielt Abrechnung mit den Protestierenden. Nach eingehender Debatte wurde zur Wahl geschritten. Es wurde der ganze Wahlvorschlagnote mit Ausnahme des Stadtdr. Nowak, der seine Kandidatur zurückzog, mit 21 Stimmen bei einer Stimmenthaltung gewählt. Die neuen Magistratsmitglieder setzen sich demnach aus folgenden Herren zusammen: Beigeordneter Lehrer a. D. Mary, Ratsherren: Klempnermeister Hillinger, Bäckermeister Sceponit, Bahnenmeister Reiche und Kaufmann Franz Kowolik. Ersatzmänner: Rechtsanwalt Böhm, Fleischermeister Robert Kaskuba, Aderbürger Andreas Wietshorke und Wolkereibesitzer Martin. Da die Stadt nach der letzten Volkszählung 5573 Einwohner zählt und nach der neuen Verfügung den Städten über 5000 Einwohner das Recht zugesprochen worden ist, für die unbesetzten Magistratsmitglieder den Titel „Ratsherr“ statt „Ratsmann“ beizulegen, so wurde auch zu diesem Punkte von der Versammlung die Genehmigung erteilt. Die weiteren Punkte der Tagesordnung entbehren des öffentlichen Interesses.

Sohrau.

Die Stadtväter mußten sich eingangs der Sitzung mit verschiedenen Dringlichkeitsanträgen beschäftigen, die im Plenum von vornherein wenig Anklang fanden, weil der Magistratsrat verweist war. Aus diesem Grunde gab es eine lebhaftere Auseinandersetzung, ob der Magistrat zu erscheinen habe oder nicht. Besonders wandte man sich dagegen, daß Bürgermeister Reiche fehle und nach einer Zuschrift überhaupt nicht mehr erscheinen wolle. Der Dringlichkeitsantrag, der scheidenden Kavallerie-Abteilung Poel eine offizielle Abschiedsfeier seitens der Stadt zu geben, wurde von der Mehrheit abgelehnt. — Der Dringlichkeitsantrag, eine Kommission zur Bereitstellung der Quartiere für die Entente-Truppen zu wählen, fand die Billigung der Versammlung. — Sodann erfolgte die Kenntnisnahme von der Niederlegung des Stadtverordneten-Mandats seitens des Malermeisters Franz Kipp. Derselbe gibt al sallen maßgebenden Grund an, den Verhandlungen infolge Schwerhörigkeit nicht folgen zu können. An seiner Stelle rückt als nächster Kandidat der Handwerkerpartei der Fleischermeister Habrajschel herauf, welcher durch den Stadtverordneten-Vorsteher Kuf in sein Amt eingeführt und durch Handtschlag verpflichtet wird. — Der Magistratsantrag, die Teuerungszulagen an die städtischen Beamten nach den Sätzen der „teuren Orte“, rückwirkend vom 1. Januar 1919 zu zahlen, wird angenommen. — Die in der vorigen Sitzung den Beamten der gewerblichen Fortbildungsschule bewilligte Erhöhung des Stundenhonorars um 25 Pfg. wird nunmehr rückwirkend vom 1. April 1919 ab beschlossen. — Die Versammlung genehmigt hierauf die Angliederung der Oberteria an die Städtische höhere Knaben- und Mädchenschule vom 1. April d. Js. ab. Als Klassenzimmer soll die bisherige Kapitanwohnung eingerichtet werden. — Eine längere Debatte rief der Antrag hervor, den Lehrpersonen der höheren Knaben- und Mädchenschule das Grundgehalt um 300 Mk. jährlich zu erhöhen. Stadtdr. Zuder beantragt, die Erhöhung des Grundgehalts rückwirkend vom 1. Juli 1919 ab zu beschließen. Schließlich wird der Magistratsantrag mit dem Zusatzantrag Zuder angenommen. — Die Erhöhung des Schulgeldes an der höheren Knabenschule, conform mit demjenigen an anderen höheren Schulen, wurde beschlossen. Danach beträgt das Schulgeld vom 1. Januar d. Js. ab für die Sexta und Quinta 220 Mk., für die Quarta, Unter- und Ober-Tertia 280 Mk. pro Jahr (für auswärtige Schüler 10 Mark vierjährlich mehr). Für Schüler der Quarta und Tertia, bei denen Bedürftigkeit, Würdigkeit und Fähigkeit nachgewiesen wird, sollen einige Freistellen geschaffen werden. — In die Einquartierungs-Kommission für die Entente-Truppen wurden gewählt: Habrajschel, Kurba, Schjan, Nowak, Hilla, Gallus seitens der Hausbesitzer, Tendorje, Balduf, Dr. Zuder, Wiese-mann, Spielvogel, Dorminger seitens der Mieter. Die Kommission soll alsbald in Tätigkeit treten. In der Angelegenheit der Instandsetzung der städtischen Wege wurde beschlossen, ein sachmännliches Projekt mit Kostenaufschlägen einzufordern.

Unfällen im Dienst in jedem Falle schadlos gehalten werden sollen. Seit einem halben Menschenalter fordern die Vertreter der Lehrerschaft für die Schüler das gleiche Recht, d. h. Schadenersatz für alle Beschädigungen ihrer Gesundheit, die sie im Schulbetriebe erleiden. Nun könnte man ja von der Regierung erwarten, daß sie vornehmendstalltes „aus Billigkeitserwägungen“

einem verunglückten Schüler beifpringen würde, auch wenn kein Verschulden einer verantwortlichen Person vorliegt. Aber ein solcher Zustand widerspricht dem natürlichen Rechtsgefühl, das hier einen Rechtspruch fordert. Die Bearbeiter des Entwurfs eines Jugendschutzgesetzes werden an dieser Lücke des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht vorübergehen dürfen, sondern in einer Bestimmung zum Ausdruck bringen müssen, daß der Stadt für jeden Unfall zu haften habe, den ein Schüler durch seine Teilnahme am öffentlichen Unterricht erleidet.

Das Völkerecht im staatsbürgerlichen Unterricht. Nach Artikel 148 der Reichsverfassung soll in allen Schulen staatsbürgerliche Gesinnung im Geiste des deutschen Volkstums und der Weltverehrung erstrebt werden. Es wird daher in Zukunft erforderlich sein, besonders in dem Unterricht der höheren Schulen auf Fragen des Völkerechts und Völkerechts einzugehen. Die „Deutsche Liga für Völkerecht“ hat in diesen Tagen dem preussischen Unterrichtsministerium sowie dem Reichsminister des Innern einen dahin zielenden Antrag eingereicht und ihn durch eine besondere Denkschrift begründet.

Preussische Landesversammlung.

109. Sitzung, Sonnabend, 31. Jan.

Zur ersten Beratung steht der Gesetzentwurf betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrortlerbezirk.

Der Verband soll als öffentlich-rechtliche Körperschaft der Förderung der Siedlungsaktivität dienen. Volkswohlfahrtsminister Siegelward: Es ist beabsichtigt, 150 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet neu anzusetzeln; wenn man die Familien mit hinzurechnen dürfte 600 000 Menschen in Betracht kommen. Dies ist die größte Siedelung, die bisher in Deutschland durchgeführt worden ist. Das jetzige Ruhrgebiet umfaßt 322 Gemeinden. Sie verteilen sich auf zwei Provinzen und drei Regierungsbezirke. Mit dem Ruhr-Siedlungsverband werden ausschließlich Siedlungs-zwecke verbunden. Der Verbandsitz soll in Essen sein. Der Siedlungsverband selbst baut keine Wohnungen, sondern der Bau soll durch die Arbeitsgemeinschaft des Arbeitgebers u. Arbeitnehmer erfolgen. In diesem Siedlungsverband ist nicht der Anfang zu einer neuen Provinz zu sehen.

Präsident Leinert: Da der Vorkonferenzrat beschlossen hat, die Besprechung dieses Gegenstandes heute nicht stattfinden zu lassen, werde ich ihn am Montag auf die Tagesordnung setzen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung der förmlichen Anfragen und Anträge über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der lebenswichtigen Betriebe usw.

Abg. W. Hoffmann (N. 503.) zur Geschäftsordnung: Auf die beschimpfenden Behauptungen des Ministers Seine... (Präsident Leinert unterbrechtend: Das ist keine geschäftsordnungsmäßige Erklärung.) Der Präsident hat auf die Zwischenrufe von Mitgliedern meiner Fraktion zu den Ausführungen des Ministers Seine folgende Aeußerung getan: Der Abg. Paul Hoffmann und der Abg. Dr. Rosenfeld haben an dauernd beleidigende Zwischenrufe gemacht. Die Beleidigungen gegen den Minister stehen so tief, daß ich sie mit einem Ordnungsruf nicht erreichen kann. (Wichtiges Sehr richtig! Unruhe.) Namens meiner Freunde erhebe ich Einspruch gegen die Geschäfts-führung des Herrn Präsidenten.

Abg. Steger (Ztr.): Nach unserer Auffassung sind solche Vorgänge, wie die gefrigen, nicht dazu angehen, die Würde des Hauses zu heben. (Wichtiges Sehr richtig!) Ebensovienig haben die Ausführungen des Abg. Reid mit dem Gegenstande der Tagesordnung im Zusammenhang gefaßt. Vorschläge, um aus der bestehenden Schwierigkeit des Landes herauszukommen, haben wir von ihm nicht gehört. In der jetzt ungeheuren Notlage muß alles vermieden werden, die politischen Gegensätze noch zu verschärfen. Enttäuschung der Arbeiter, daß ihnen die Revolution keine Verbesserung ihrer Lebenshaltung gebracht ist, ist deshalb so groß, weil Sie (nach links) so wenig Gewicht darauf gelegt haben, die Arbeiter darüber aufzuklären, warum sie in dieses Land hineingekommen sind. Die 2000 Delegierten der christlichen Bergarbeiter haben am vorigen Sonntag einstimmig im Interesse des Vaterlandes an der siebenstündigen Schlichtung festgehalten. Nun muß aber auch die Regierung für den Schutz der Arbeitswilligen sorgen. (Sehr richtig!) Aber auch die Arbeitgeber müssen den Wünschen der Arbeiter, nachdem die Gefahr der Sechsstündentage abgewehrt ist, weiter entgegenkommen, besonders in bezug auf die Ernährung und Urlaubsfrage. Während im Sommer 1919 wöchentlich 750 Arbeits-motiven fertiggestellt wurden, waren es im November nur noch 665 und im Januar 1920 nur noch 520. Ein so

gewaltiger Rückgang in der Leistung läßt die Schließung der Betriebe verständlich erscheinen. Die Akkorarbeit muß in den Betriebsverhältnissen unbedingt wieder eingeführt werden. Daß Eisenbahnbeamte Eisenbahnarbeiter in den letzten Streik hineingehandelt haben, ist entschieden zu verurteilen. Wir sind uns darüber einig, daß für die Beamten das Streikrecht garnicht in Frage kommen kann. (Sehr richtig!) Daß die monatlang betriebene Heze der nationalsozialistischen Blätter gegen Erzberger eine Attentats-atmosphäre vorbereiten helfen mußte, ist außer allem Zweifel. Die Agitation in der Presse wie in den Versammlungen der Rechten scheint ganz darauf berechnet, aus der Not des Volkes politisches Kapital zu schlagen. Störungen des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens müssen im Gesamtinteresse des Volkes hintangehalten werden, sonst kommt unser Volk aus dem Elend überhaupt nicht mehr heraus.

Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Als eine Schmach haben wir es empfunden, daß das Parlament, das aus den freiesten Wahlen der Welt hervorgegangen ist, mit Waffengewalt gegen den Terror einer kleinen Schar gewissenloser Hezer geschickt werden mußte. Auch auf der Rechten schreit man vor Gewalt nicht zurück. Ich erinnere an die gewalttätige Störung Ihrer mitgliedriger Theateraufführungen. Heute handelt es sich nicht um die Frage Monarchie oder Republik. Ministerium Hirth oder Hergh, sondern um Sein oder Nichtsein! (Sehr richtig!) Die schwersten Zeiten haben wir noch vor uns. Da heißt es, kräftig voranzugehen und zu arbeiten!

Achten Sie auf die Sehkraft ihres Kindes!
Rechtzeitig angeordnete Untersuchung bewahrt das Kinderauge vor weiterer Verschlechterung u. empfindet sich dann zur Anfertigung gut passender Brillen.
Spezial-Optiker „Bache“
Kleinwitz, Wilhelmstraße 21 an der Klodnitzbrücke

Hr. Dr. Tredeberg (Dem. zur Geschäftsordnung): Im Auftrage aller Parteien, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie, habe ich zu erklären, dass die zu Eingang der Verhandlung abgegebene Erklärung des Abg. Dr. Hoffmann bezüglich der Geschäftsführung des Präsidiums bei allen Parteien tiefste Entrüstung hervorgerufen hat. Der Präsident hat stets die Würde des Hauses gewahrt und die Gesetze in vollster Unparteilichkeit geführt. (Lebh. Zustimmung.)

Eisenbahnminister Dezer: Wir haben für die Einrichtung der Werkstätten enorme Summen ausgegeben und können dort niemand mehr behalten, der nicht zur Arbeit bereit ist. Werkzeuge sind in großer Zahl gestohlen worden. Solche Diebereien werden unumgänglich mit Entlassung bestraft. Beamte, die sich gegen die Republik veräußern, können nur im Wege des Disziplinarverfahrens entfernt werden. Auch die Vorgesetzten haben nicht immer ihre Pflicht getan. Selbstverständlich wird auch gegen diese Beamten eingeschritten werden. Wenn jemand in den Werkstätten die Arbeiter auffodert, nicht zu arbeiten, so muß er natürlich auch entfernt werden; das ist in der Betriebsstätte Grundgesetz in zwei Fällen gegeben. Gerade die radikalen Elemente melden sich in großen Scharen jetzt zur Arbeit. (Hört, hört!) Vom nächsten Montag ab werden wir soweit sein, daß die Werkstätten wieder geöffnet werden können. Wir betrachten das Akkordsystem als ein Provisorium.

Ab. Dr. Kaufmann (Dnl.): Wir verurteilen das Attentat gegen Erzberger gerade so wie Sie. Auch unsere Presse hat es verurteilt. Der Sozialdemokrat hat dem Attentat nicht verächtlich, sondern ihn wahrheitsgemäß als einen unbedenklichen jugendlichen Verbrecher geschildert. Wir müssen als Oppositionspartei die Regierung bekämpfen, und es ist selbstverständlich, daß dabei auch harte Worte fallen. In den Ereignissen vom 13. Januar tragen die Unabhängigen die Schuld, die bei uns die bösewärtige Zustände nach russischem Muster erstrebten. Ohne Kohle und Arbeit ist ein Wiederaufblühen unseres Volkes unmöglich. Das Vaterland steht nunmehr über der Partei.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Das Verhalten der Regierung vom 13. Januar ist ein Beweis für die Verklärung der Sitten. (Große Heiterkeit.) Unter der wilhelminischen Regierung wäre solche Brutalität nicht vorgekommen. Es ist unklar, daß wir uns nicht an der Demonstration beteiligen, sondern sie nur veranlassen.

Minister Heine: Es ist schlimm genug, daß ohne Rücksicht auf die Wirkung im Ausland die Szenen vom 13. Januar herbeigeführt worden sind. Diejenigen, die sie verursacht haben, tragen Schuld am weiteren Sturz der Wälvte. (Große Lärm u. d. Unabhängigen.) Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag 12 Uhr vertagt.

Häfenrevier Königshütte.

[Entlassung sämtlicher Militärpersonen des Beurlaubtenstandes.] Sämtliche Militärpersonen des Beurlaubtenstandes, die sich nicht mehr im aktiven Dienstverhältnis befinden, sind jetzt aus jedem Militärverhältnis entlassen worden. Es gilt dies für Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Jure, Deckoffiziere, Unteroffiziere, Mannschaften und Jure. Die Regelung ihrer Versorgungsansprüche bleibt selbstverständlich vorbehalten. Auch in Zukunft erfolgt die Entlassung aus dem aktiven Dienstverhältnis nicht mehr durch Ueberführung in den Beurlaubtenstand, sondern durch die Entlassung aus dem aktiven Dienstverhältnis. Offiziere z. B. sind zu jedem Militärverhältnis Offizieren übergeführt. Sie haben das Erlaubnis zum Tragen der ihnen zukommenden Bekleidung und Uniform. In ihren Pensionverhältnissen ändert sich dadurch nichts. Auch die Verträge der Angehörigen des Beurlaubtenstandes und der Offiziere z. D. in der vorläufigen Reichswehr und der vorläufigen Marine werden nicht davon berührt. Soweit Angehörige des Beurlaubtenstandes und Offiziere z. D. in Stellen des Reichshaushalts verwendet werden, bleiben sie mit ihren bisherigen Gehältern in diesen Stellen, bis ihre Entlassung besonders verfügt worden ist.

[Abstimmungsbesonderheiten.] Sonderzüge für Abstimmungsgebiete nach den Abstimmungsgebieten werden nach einer Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten überall da eingerichtet, wo die abfahrtsmäßigen Züge nicht ausreichen und ein Bedarf vorliegt. Sie nehmen ihren Ausgang von den Verkehrsmittelpunkten und führen nach den Abstimmungsgebieten und Abzweigstationen in den Abstimmungsgebieten. Die Einrichtung dieser Züge wird von der Generaldirektion geregelt, während die Ausführungen in der üblichen Weise den Eisenbahndirektionen obliegen.

[Bismarckhütte A. G.] Die Aufträge aus Südamerika mehren sich. Es handelt sich dabei meist um Bestellungen im Werte von diversen Millionen Mark. Von anderen Aufträgen sind in erster Linie diejenigen der nördlichen Länder, die stets in vorderer Reihe stehen, beachtenswert. Natürlich ist auch die Nachfrage aus dem Inlande nach den Erzeugnissen der Bismarckhütte fortgesetzt sehr groß.

[Verbrecherjagd.] Freitag vormittag gegen 11 Uhr betrat ein in einer Eisenbahnuniform gekleideter, anständig aussehender junger Mann ein Geschäft auf der Kirchstraße, um angeblich Einkäufe zu machen. Wie verlautet, soll dieser Mensch dann die im Geschäft allein anwesende Ladeninhaberin plötzlich mit einem Revolver bedroht haben. Auf das Hilferufen der Frau kamen Leute herbei, darunter auch ein Soldat der neu eingerichteten Polizeitruppe, worauf der Mann mit dem Revolver flüchtete und die Kirch- und dann die Kronprinzenstraße entlang lief, verfolgt von dem Polizeisoldaten und einer Anzahl Leute. Unweit der Barometrische gelang es, den Flüchtling zu stellen. Wahrscheinlich hat man einen guten Fang getan und wieder einen Verbrecher unschuldig gemacht.

Groß-Strehly und Kofel.

[Der hiesige katholische Männerverein], der sein Wintervergügen am Sonntag abhalten wollte, hat beschlossen, dieses in die Zeit nach Ostern zu verlegen.

[Das Eisenkreuz] am weiß-schwarzen Bande ist Bürgermeister Gundrum und Rechnungsrat Fleischer verliehen worden.

[Zur Ermordung des Pfarrers von Ostmutz.] Regierungspräsident macht bekannt: Am 14. Januar abends nach 10 Uhr ist der Pfarrer Drobzig in Ostmutz, Kreis Groß-Strehly auf dem Heimwege von Reppitz in den Garten der Pfarrei von unbekanntem Täter mittelst eines aus Leinen einer leinernen Kindermütze - weißgrau mit blau abgeklebter Krempe - und Teilen eines Sackes hergestelltem Knebel durch Erschlagung ermordet worden. Die Täter wollten offenbar in die Pfarrei eindringen, sind aber durch mehrere aus der Pfarrei abgegebene Hupeusignale vertrieben worden. Ich fordere zur Nachforschung nach dem bzw. den Tätern auf und sichere eine Belohnung von 5000 Mark demjenigen zu, der den bzw. die Täter zu der Anzeige bringt, daß gerichtliche Bestrafung eintreten kann. Eine anderweitig werdende Ver-

teilung der Belohnung behalte ich mir unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

[Schlechte Zustand der Wasserläufe.] Die Wasserläufe 2. und 3. Ordnung befinden sich vielfach in schlechtem Zustand und werden unzulänglich geräumt. Zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung muß aber jetzt mehr denn je eine ordnungsmäßige Räumung verlangt werden. Die Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Melioration der Wiesen und Weiden, die Urbarmachung der Moore und Obfeldereien, setzen eine geregelte Wasserwirtschaft voraus. Einen wichtigen Teil davon bildet die Unterhaltung der Vorfluter. Die Wasserpolizeibehörden sind deshalb angewiesen worden, dieser Aufgabe ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und nötigenfalls Zwang zu gebrauchen, wenn die Unterhaltungsarbeiten den Vorschriften des Wassergesetzes nicht genügen. Die Unterhaltung der natürlichen Wasserläufe 2. Ordnung liegt besonderen Wassergenossenschaften ob. Deren Bildung ist während des Krieges nur vereinzelt erfolgt, muß aber jetzt durchgeführt werden. Der Landwirtschaftsminister hat die Regierungspresidenzien ersucht, jeden einzelnen Fall eingehend zu prüfen und nötigenfalls ungeeignet das Verfahren einzuleiten.

[Großer Einbruch in das Eisenbahnbetriebsamt in Rathbor.] Nachts wurde in die Räume des auf der Eisenbahnstraße gelegenen Betriebsamtes ein großer Einbruchsdiebstahl verübt. Die Einbrecher drangen in die im Gebäude befindlichen Räume der Stationskasse ein und stahlen etwa 12000 Mark. Den Weg nach der Kasse nahmen sie von einem über der Kasse liegenden Dienstraum aus. Aus dem Fußboden schnitten sie ein Viereck heraus und stießen die Decke des Kassenraumes durch. Mittels eines Seiles stießen sie die Einbrecher in die Kasse herunter. Ueber 11500 Mark, die bereitlagen, stellten sie sofort ein und machten sich an die Erbrechung des Geldschrankens. Beim Zerlegen desselben schienen sie aber gemerkt zu haben, daß die elektrische Alarmanlage des Geldschrankes im Stationsgebäude in Tätigkeit getreten sei, hielten mit ihrer Zerstörungsarbeit inne und suchten das Weite.

[Es gibt noch Gold!] In einem hiesigen Goldwarengeschäft erschien gestern ein Junge von 14 Jahren, um 6 Zwanzigmarkstücke umzuwechseln. Der Inhaber des Geschäfts benachrichtigte die Polizei, die dem Jungen das Gold abnahm. Außerdem wurden bei ihm 850 Mk. in fünfzigmarktscheinen vorgefunden. Es handelt sich scheinbar um gestohlenen Geld.

Oppeln Stadt und Land.

[Die Eisenbahnarbeiter zu Breslau nehmen die Arbeit unter den neuen Bedingungen geschlossen auf.] Sonnabend morgen verammelten sich die ausgeperrten Arbeiter zahlreich im Gewerkschaftslocale, um den Bericht der Kommission, die in Berlin gewesen war, entgegenzunehmen. Es wurde beschlossen, die Arbeit unter den neuen Bedingungen (Akkordsystem) aufzunehmen. Sodann begaben sich die Arbeiter in geschlossenen Zügen nach den Werkstätten, um sich in die Arbeitslisten eintragen zu lassen.

[Tom Kosterscheum.] Die un längst in Aussicht gestellte Angliederung einer höheren Mädchenschule an das Lyzeum der Schulschwester ist nunmehr durch das Provinzial-Schulkollegium in Breslau genehmigt worden. Die Leitung des Lyzeums ist bereit, über die Einrichtung der neuen Schule, die Aufnahmebedingungen und die Berechtigungen näher Auskunft zu geben.

[Eine gemeinnützige Einrichtung], die für alle Bewohner von Stadt und Land gleich segensreich wirken soll, ist in unserer Stadt geschaffen worden, ein Berufsamt mit Lehrstellenvermittlung. Behördliche und sonstige Wohlfahrtsorgane haben es gegründet, um den Schülertanen und allen, welche im späteren Alter ihren Beruf zu wechseln gezwungen werden, sachverständigen Rat zu erteilen, bei der Wahl eines rechten Berufes zu helfen. Die Beratung und Lehrstellenvermittlung ist kostenlos und wird von besonders dafür vorgebildeten erfahrenen Beratern ausgeübt. Die Geschäftsstelle befindet sich Oppeln, Sternstraße 14. Das selbstlose Wohlfahrtsunternehmen wird auch an dieser Stelle warm empfohlen.

Provinzielles.

[Breslau. Drei Kinder Opfer einer Gasvergiftung.] Ein schwerer Unglücksfall durch Ausströmen des Kohlegases, dem drei junge, blühende Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ereignete sich in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag im Hause Ottostraße 10. Dort wurden am Sonntag morgen die drei Kinder der Fuhrwerksbesizerswitwe Weide, der 17jährige Sohn Heinrich, die 15jährige Tochter Else und das jüngste Kind, die neunjährige Ida, in ihren Betten tot aufgefunden. Die Wohnräume waren mit Gas angefüllt, das dem Kohlerd entströmte. Der Gaschlach war heruntergefallen.

[Breslau. 421 Prozent Gemeinde-Einkommensteuer.] Die vom Oberbürgermeister in der letzten Stadivervollversammlung angekündigte Nachherhebung von Steuerbeträgen wird jetzt der Stadtvorordnetenversammlung in Form eines Antrages unterbreitet. Dieser verlangt zur Deckung eines Mehrbedarfs infolge unvorhergesehener Ausgaben eine Nachtragsumlage derart, daß der Gemeindesteuerschlag insgesamt 421prozent beträgt.

[Breslau. Für 26000 Mark Süßstoff verschoben.] Der Kaufmann Otto Schwabe lernte im Januar einen gewissen Erdmann aus Czernostochau kennen. Dieser übermittelte ihm 20 Kilo Süßstoff für 28000 Mark. Der Süßstoff ging dann nach Dresden an eine andere Hande. Sch. stand nun vor dem Schöffengericht, um sich wegen gewerbsmäßigen Schleichhandels zu verantworten. Das Gericht verurteilte bei Schw. den gewerbsmäßigen Schleichhandel und verurteilte ihn wegen Preistreiberei zu 5000 Mark Geldstrafe.

[Gadenfeld O S. Fortgang der Herrenhuter.] Das hiesige theologische Herrenhuter-Seminar sollte vom 1. April 1920 ab nach Herrnhut in Sachsen verlegt werden. Die Ueberfiedelung erfolgte der politischen Verhältnisse wegen aber bereits am 28. Januar. In diesem Tage durchzog die hiesigen Studenten zum letzten Male die Straßen der Stadt unter Abingung des Studentenliedes: „O alte Buchenherrlichkeit!“. Gesellschaftlich lebten die Herrenhuter sehr zurückgezogen und haben infolge ihrer Kosteneinsparung geringes Verständnis für andere Konfessionen, so daß selbst Evangelische unter ihnen nicht heimlich werden können.

Gadenfeld. Ein Bestrafungsfall. Der hiesige Richter verurteilte ein Mann aus der Umgegend mit dem Zusatz: „So wahr mir Gott helfe! Der Mann spricht: So wahr mir der Teufel helfe! Der Richter spricht zum zweiten und dritten Male: So wahr mir Gott helfe! Der Mann sagt zum zweiten und dritten Male: So wahr mir der Teufel helfe! O tempora!

Deusch-Lissa. Kircheneinbruch. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Freitag in Hermannsdorf in der katholischen Pfarrei verübt. Bestohlen wurde der vergoldete Kronleuchter, einige Altarleuchter usw. Das etwa drei Zentner schwere diebstahlere Tabernakel war vor den Altar geschleppt. Der Einbruch war bemerkt worden und so liefen die Täter Teile des Kronleuchters bei der Flucht zurück.

Hirschberg. Selbstmord. Am Kynast bei Hermannsdorf wurde die Leiche eines Oberlehrers aus Berlin aufgefunden. Er hatte sich erschossen. Die Beweggründe zur Tat sind unbekannt.

Hirschberg. Selbsthilfe gegen Geldschieber. Ein Teil der hiesigen Angehörigen und Arbeiter haben gegen die Geldschieber zur Selbsthilfe gegriffen. An zwei Abenden wurden bei den auswärtigen Geldschiebern, die sich in den hiesigen Hotels aufhielten, und die zu hohen Preisen Geld aufkauften, das angekauft Geld weggenommen und an die hiesige Bank abgeliefert, so daß die Schieber nur das gesetzliche Aufgeld erhielten.

Vermischtes.

Der Riefendiebstahl eines Einarmigen. Der Strafhammer eines Berliner Landgerichts beschäftigte sich gestern mit dem großen Einbruch, der bei dem Bankier Gatewski am Kurfürstendamm ausgeführt worden war. Auf der Anklagebank saß der einarmige Agent Wilhelm Birnbaum, der bei einem Einbruch aus dem Geldschrank des Bestohlenen Wertpapiere, Schmuckstücke und Bargeld in Höhe von 500000 Mark erbeutet hatte. Der Angeklagte ist am 7. Mai beim Ueberfahren der holländischen Grenze bei Winterswijk festgenommen worden; er rug den größten Teil des gestohlenen Gutes noch bei sich. Trotz dieses Beweismaterials betritt Birnbaum die Tat und erzählte eine romantische Geschichte über den Erwerb der bei ihm vorgefundenen Schätze. Nach seiner Behauptung sind das vorgefundene Geld und die Schmuckstücke sein Eigentum. Auch seine Behauptung, daß er mangels seines rechten Armes einen solchen Einbruch gar nicht ausführen kann, war, wie seine Vorstrafen zeigen, nicht beweiskräftig. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von drei Jahren, das Gericht ging noch erheblich über diesen Antrag hinaus und erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus.

Groß-Betrügereien mit Reisegepäck. Das angeblich während der Reise abhanden gekommen sein sollte, sind von der Ueberwachungsabteilung der Eisenbahn jetzt aufgeklärt worden. Das Brüderpaar Hartkopf aus Lichtenberg ließ durch ein Dienstmädchen in kurzen Zwischenräumen Gepäckstücke mit angeblich sehr wertvollem Inhalt auflaufen, und zwar nach einer im besetzten polnischen Gebiet liegenden Station, wo die Gepäcksendung durch einen ungetreuen Eisenbahnbeamten ausgeliefert wurde, der die Gepäckstücke nicht einforderte. Auf Grund dieser Scheine ist dann in vielen Fällen verurteilt worden, Ersatz für das „wertvolle“ Gepäckstück zu erhalten. Das deutsche Ausgleichtsam hat nun die betrügerischen Gepäckreklamationen der Brüder aufgebeut, und die Beteiligten konnten von der Ueberwachungsabteilung verurteilt werden.

Fälle von Schlafkrankheit. Unter den Kriegsgefangenen, die gestern in Halle aus Frankreich eingetroffen sind, befinden sich auch einige, die aus dem Militär-Lazarett in Reims kommen. Sie berichten, daß dieser Lazarett ein deutscher Kriegsgefangener an der Schlafkrankheit gestorben sei und daß zwei weitere Gefangene an dieser Krankheit schwer darnieder liegen. Auch in Velle sind mehrere Personen von der Schlafkrankheit betroffen und streng isoliert worden.

Ein Wiener Mäler auf der Jagd erschossen. Der Wiener Mäler Alfred Basel, dessen Kriegsbilder und teils humoristische und Genrebilder in der Secession viele Freunde fanden, ist auf einer Hochwildjagd bei Tirniz von einem anderen Schützen so schwer in den Rücken getroffen worden, daß er nach einigen Stunden seinen Verletzungen erlag.

Eisenbahnunglück in England. Der Schnellzug Montreal-Burlington ist entgleist und den Bahndamm hinuntergerollt. Zwei Schlafwagen mit den Fahrgepäckern sind in den Wellen des Champlainsees versunken.

Das Wüten der Grippe in Newyork. Neue Courant meldet aus Newyork, daß sich dort täglich wieder Grippefälle ereignen. In den letzten 24 Stunden sind 150 Personen der Krankheit erlegen.

Theaterbrand in Madrid. Vorgestern nacht wurde das Große Theater in Madrid durch einen Brand zerstört. Das Theater enthielt den größten Saal Madrids.

Diebstahl von Kunstwerken. Aus dem ehemals königlichen Schloß in Nieder-Schönhäufen bei Berlin sind bei einem Einbruch neun wertvolle Delgemälde gestohlen worden.

Sprechsaal.

(Für alle Einsendungen, die unter dieser Rubrik zum Abdruck gelangen, übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung. Anonyme Zuschriften finden keine Berücksichtigung. Den Abdruck von Einsendungen, die eine ungebührliche Länge aufweisen, unleserlich geschrieben sind, oder beide Seiten füllen, lehnen wir ab. Auch solche Zuschriften, die Beleidigungen enthalten, finden keine Aufnahme.)

Pillhovich, den 1. Febr. 1920.

Ich habe vor einigen Tagen Ihren ganz vorzüglichen Artikel „Konfessionelle Brunnengiftung“ gelesen, durch den Ihr Herr Redakteur A. T. eine Ueberzeugung mit dem Herrn Pastor Marschall teilt. Ich möchte hinsichtlich der in diesem Artikel gemachten Ausführungen noch folgendes sagen: Gegenwärtig befindet sich die evang. Kirche in einer nicht unwichtigen Lage, als die katholische. Unsere Gottesdiener, ob in der Großstadt oder in der Diaspora, sind an Sonn- und Feiertagen viel stärker besucht, als die der anderen Konfessionen, unsere Vereine und Missionen erfreuen sich einer Blüte, wie sie auf anderen Seiten nicht zu finden ist. Der schwache Kirchenbesuch der protestantischen Kirche liegt tiefer. In vielen, vielen Großstädten sind die evang. Geistlichen von der alten Lehre Jesu Christi abgewichen und haben an seine Stelle Kant und Fichte gesetzt. Der Standpunkt des persönlichen Gottes, die sogenannte liberale Theologie macht aber selbst vor den kleinsten evang. Kirchen nicht halt. Vor 30-40 Jahren hatten wir in Oberschlesien noch gläubige Pastoren, z. B. in Söhraw einen Pastor Heinrich, in Rathbor, einen Pastor Steblid, in Jadowaschade einen Pastor Fötte, Geistliche, die auch unserer Mutter Gottes die Bekehrung nicht versagten. Und heute? Hier und da gibts noch gläubige protestantische Geistliche (z. B. in Rybnitz). Heute gibts noch evangelische Geistliche,

die anerkennen, daß die katholische Kirche eine Macht ist, und die der katholischen Kirche ihre Achtung nicht versagen können. Aber viele, viele gibt es, die Christus nur als eine Komödie ansehen, die die katholische Kirche als ein Nochenhaus bezeichnen.

Im Kreise Rybnitz befindet sich bei der Schutztruppe ein adeliger Offizier, der mit Vorliebe jeden Sonntag in die katholische Kirche ging. In Oesterreich habe ich viele Pastoren und Protestanten den katholischen Gottesdienst besuchet sehen. So äußerte sich einmal in Oesterreich ein Pastor einem Dekanaten gegenüber: „Ach, Herr Pfarrer, Sie sind glücklich, einer Religion anzugehören, die wie die katholische so eine gewaltige Gnade und Segensfülle entrollt; wir haben zwar eine Familie, ein Familienglück, und wäre es nicht um meine Existenz gesehen, würde ich übertreten“. Zeugen dieser Aussagen leben noch. Zurüd zur katholischen Kirche! Wer hat das gerufen? Kein geringerer als der berühmte Feldmarschall Moltke. Aus den vielen religiösen Gesprächen, die Moltke geführt, sei entnommen: „Die Vorzüge der katholischen Kirche liegen darin, daß sie ein Oberhaupt haben.“ Ein anderer sagte der berühmte Feldherr: „Katholisch müssen wir doch einmal werden“. Und Bismarck, was sagte er? Er sagte, daß die Pastoren der protestantischen Kirche sehr wenig oder überhaupt kein Einfluß haben. Als am Ende der 80er Jahre auf einmal 50 Sozialdemokraten als Abgeordnete in den Reichstag zogen, fragte der große Kanzler ershrend die im Reichstage befindlichen Pastoren: „Wo ist die evang. Kirche?“ Und die konnten ihm nicht antworten. Muß dies nicht allen Protestanten die Augen öffnen? Ringen die Worte des großen Reichskanzlers nicht noch heute in den Ohren der evangelischen Seelenhirten? Hat der hier genannte Verfasser des Artikels „konfessionelle Brunnengiftung“ nicht recht, wenn er ausruft: Der Feind der protestantischen Kirche steht nicht im Zentrum, sondern links. Wahrheit, zwecks Wahrung der kulturellen Güter, die uns mit den Gläubigen, mit den Christusbegeisterten Protestanten verbunden, wäre es besser gewesen, die Protestanten hätten sich bei den Wahlen auf die Seite des Zentrums gestellt, nicht aber auf die der Deutsch-nationalen oder Deutschdemokraten.

Es ist äußerst bezeichnend, wenn selbst eine königliche Hoheit, der Prinz Friedrich Wilhelm, auf Kamenz, ein solch vernichtendes Urteil, wie es durch die Presse ging, über die kath. Kirche und ihre Einrichtungen fällte. Im Kriege war es schon, das kirchliche Wort „Ich kenne keine Parteien mehr“ gesprochen, als dieser Prinz die kath. Kirche mit einem größten Feinde Deutschlands verglich. Man kann hier wohl unumwunden fragen: Prinz wo sind die Beweise??? Beweise gibts nicht, aber in der Uebergliederung der Kirche greift man einfach aus der Luft. Gerade unsere Hohenzollern wären der kath. Kirche zu Dank verpflichtet, und zwar von der Zeit, als König Friedrich der Große mit Maria Theresia den Krieg führte. Zu damaliger Zeit wurde Friedrich der Große in der Nähe von Kamenz verfolgt. Der König flüchtete schnell in die Kirche einer alten Abtei. Er kam auf das Chor, wo die Mönche ihre Psalmen sangen und er bat, hier Versteck. Die Mönche verkleideten den König in ein Mönchs- und ließen ihn unter sich sitzen. Kurz darauf erschienen seine Feinde, Offiziere und Mannschaften. Wäre Friedrich damals gefangen genommen, der Krieg wäre verloren gewesen und wäre am Hause Hohenzollern nicht spurlos vorbeigezogen. Warum wünschte König Friedrich wohl, der doch dem Freium angehörte, die Jesuiten zurück in sein Land? Warum bewahrte er seine Dankbarkeit gegen alle Klöster und klösterliche Besitzungen? Kann mit Se. Maj. Hoheit darauf eine Antwort geben? Oder der Herr Pastor Marschall?

Nun beruft sich mancher auf die Zustellungen des Kaisers und glaubt daraus folgern zu müssen, daß auch der Kaiser in seinem Urteil über die kath. Kirche das richtige getroffen habe. Wie ungenau und launisch der Kaiser auch in seinem Urteil war, ergibt sich aus folgendem: Kaiser Wilhelm der II. war mit seinem ältesten Sohn in Rom, hatte den Papst und den König besucht und auch das Kloster auf dem Monte Kasino. Bei seinem Abschied bat der Kaiser den Abt, ihn doch einmal in Deutschland zu besuchen. Jahre vergingen, bis der Abt der Einladung nachkam. Ein kaiserlicher Wagen holte ihn zum Wilhelmshöher Schloß, wo der Abt vom Kronprinzen selbst unter großen Ehrenbegleitungen förmlich empfangen wurde. Bei dem Eintritt ins Schloß begrüßte der Kaiser den Abt aufs herzlichste, auf seiner Brust trug er die ihm vom Abt bei seinem Besuch auf dem Monte Kasino geschenkte Benediktus-Medaillon. Bei dem nun folgenden kaiserlichen Tafel zeichnete der Kaiser den Abt in der hervorragendsten Weise aus. — Jetzt kommt das Widersprechsvolle, das Launische in der Stimmung des Kaisers. Als die Landgräfin von Hessen, eine Protestantin, zur kath. Kirche übertreten wollte, da schrieb der Kaiser an die Landgräfin einen Brief voll von Schmähungen gegen die kath. Kirche. Also die vernichtenden Urteile des Kaisers über die kath. Kirche können nicht maßgebend sein.

Es ist nicht ein äußerst bedauerliches Zeichen, daß in dieser Zeit des sittlichen und wirtschaftlichen Niederganges gewissermaßen Andersgläubige herkommen, um die kath. Kirche an dem Zusammenbruch Deutschlands zu verächtigen? Ich schließe mit den Worten: Die kath. Westanschaung hat auch die Kraft zur Welterneuerung in sich, hat die Sonne, die das Leben klar und hell macht. Und im Lichte dieser Sonne schaffen wir inmitten dieser Trümmer, die der Krieg und die Revolution verursacht haben, ein neues besseres Volkstleben. Grund, Kraft und Rome dieses großen Wiederaufbaues ist kein Kant, kein Fichte, kein Luther, kein von religiösen Dogmen unbelasteter Idealismus, ist keine milde Erhebergerhe, keine Jesuitenpresserei, sondern der unerfütterliche Glaube an Christus. St.

Eine in der Umgegend belegene

Dampfziegelei

brachdichtigt ihre gesamte Jahresproduktion von ca. 3 Millionen Stück in Mauerziegeln, Brunnens- u. Decksteine sowie auch Sandlieferung an eine leistungs-fähige Firma zu verkaufen. Günstige Gelegenheits für Waagen- und Baumaterialienhandel. Off. u. Zie-gel und Sand 1920" an die „Volkszt.“ Gleiwitz erbeten

Auf dem richtigen Wege sind Sie

wenn Sie sich bei Ihren Einkäufen zu mir bemühen

Kaiser - Drogerie und Parfümerie

Arthur Heiler, Gleiwitz, Wilhelmstr. 8.

Gleiwitz.

Musik-Verein, Gleiwitz.

Mittwoch, den 11. Februar 1920, ab 7 1/2 Uhr
im Konzertsaal des Stadtparkes

Kammermusik- Abend

Frau Mathilde Hirsch-Kaufmann
aus Breslau (Klavier)
Herr Professor Georg Wille aus Dresden
(Cello).

Cellosonaten von Locatelli, Beethoven und
Viel. — Klavierstücke von Scarlatti,
Gluck, Brahms, Chopin, Liszt.

Karten zu 6, 5, 4, 2 Mk. bei R. Schirbawahn, Ring.
Bereitsmitglieder 1 Mk. Ermäßigung gegen
Gutschein 2.

Erner's Tanzunterricht!

Mehreren Wünschen entsprechend eröffne ich (nur
für frühere Schüler) einen

Kursus in modernen Tänzen
am Donnerstag, den 5. Februar cr., abends 8 Uhr
in der Loge. Ein Kursus für Anfänger beginnt
Ende Februar.

Prospecte verabsolgt Figulla's Buchhdlg., Wilhelmstr.
Gsch. Anmeldungen erbitte ich persönlich oder schriftlich
in meiner Wohnung, Hotel Schwarz, Adler (Tel. 685)
von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags.
Einzelunterricht jederzeit.

Artur Exner, Tanzlehrer
Mitglied der Akademie der Tanzlehrer zu Berlin.

Sohlen-Ausschnitt u. Brandsohlleder

in ganzen Planen, gibt ab
Johann Sopalla
Sattlerwarenfabrik Gleiwitz.

Es wird hierdurch darauf aufmerksam gemacht,
daß die Einreichung der

Umsatzsteuer- erklärung

bis zum 31. Januar cr. zu erfolgen hat. Die
Nichteinreichung der Erklärung zieht eine
Ordnungsstrafe bis zu 150 Mk. nach sich.

Die Abgabe der Erklärung kann im übri-
gen durch nötigenfalls zu wiederholender
Geldstrafe erzwungen werden, unbeschadet der
Befugnisse des Umsatzsteueramtes, die Veran-
lagung auf Grund schätzungsweiser Ermitt-
lung vorzunehmen.

Gleiwitz, den 29. Januar 1920.
Der Magistrat.
Umsatzsteueramt.

Die Berliner Kunstoffberei u. chemische Reinigungsanstalt

von
Hermann Schliewe,
Gleiwitz, Turmstraße 3. Telef. 1342.
färbt und reinigt Garderoben aller
Art, Decken, Portieren, Kopf- und
Umschlagetücher aus beste, schnellste
und billigste.

Städt. Sparkasse Gleiwitz

Bankstraße 11
werktaglich geöffnet von 8-12 Uhr vormittags
verzinst Spareinlagen und Münzelgeld in
jeder Höhe mit 3 1/2 % in täglicher Berechnung
Einlagen gegen tägliche Kündigung nach Ver-
einbarung 3 %. Einlagen von 3000 Mark an
gegen 2 jährige Sperrzeit 4 %.

Für die Sicherheit haften die Stadt mit
ihrem ganzen Vermögen und ihren gesamten
Einkünften.

Gewährung von Darlehen

gegen Wechsel oder Verständigung von Wert-
papieren.

Der Herz-Jesu-Kirchbauverein zu Gleiwitz.

bittet um milde Gaben für den notwendigen
Kirchbau im Hüttenviertel von St. Peter-
Paul. Anmeldung, zum Beitritt und Beiträge
nimmt dankbar entgegen Pfarrer Jagto.

Die wiederkehrende Gelegenheit!

Sin nur die letzten 2 Tage in Gleiwitz

und kaufe alte, künstliche

GEBISSE

auch einzelne zerbrochene Zähne
und zahle dafür noch nie dazwischen Preise.

Platin, sowie Holzbrennmitte, Kontakte, Ligel jedes Quantum und in
jeder Form per Gramm von 80 bis 120 Mk. Reichtsmitteln zur Selbst-
verarbeitung in Gold und Silber, ebenso alte Edelmetallgegenstände
zu den höchsten Tagespreisen.

Streng reell! Streng reell!

Einlauf findet nur am Dienstag, den 3. und Mittwoch, 4. Februar
in Gleiwitz „Hotel Schäfer“ Adlerplatz, von vormittags 9 Uhr bis
nachmittags 6 Uhr statt.

Dampfwasch- und Plättanstalt

Telefon 1672. „Frauenstolz“ Gleiwitz, Klosterstr. 31

liefert

blendendweiße Haus- und Leibwäsche, Blusen,

kleider, Gardinen, tadellose Herrenwäsche ::

in bester Ausführung.

Freie Abholung und Lieferung.

An das katholische Volk in Deutschland!

Im Namen Gottes und der Menschheit rufen wir Euch an! Hört
unsere Klagen, die Ihr nicht hungert und nicht friert.

4 1/2 Jahre haben wir die Leiden eines Krieges ertragen, den wir nicht
gewollt haben und nicht beenden konnten. Im fünften Jahre ward uns
der Friede; aber das Elend ward nicht beendet, sondern stieg und wuchs
über alles Ermeßen.

Herausgerissen aus einer vierhundertjährigen Wirtschaftsgemeinschaft
fast ohne Kohle und Naturprodukte, ohne Transportmittel, überschuldet u.
außerstande, uns selbst empor zu arbeiten, schmachten wir trotz Arbeitslast
und hoher Kultur in namenlosem Elend.

Unsere Kinder erfrieren; denn wir haben nicht Brennmaterial, noch
warme Kleider. Die Erwachsenen brechen zusammen vor Hunger, und
früher gesunde Menschen sterben matt dahin. Die Greise aber sterben eines
qualvollen Todes, denn ihnen kann heute nicht die geringste Hilfe werden.
Grausam und furchtbar ist unser Schicksal!

Wir Katholiken rufen daher die katholische Welt an, insbesondere das
katholische Volk von Deutschland und bitten um Hilfe! Wir brauchen
Kleider, Schuhe, Wäsche, Lebensmittel, insbesondere Milch und Fett, wir
brauchen auch Geld, um das zu schaffen, was wir von Euch nicht erhalten
können.

Hilf uns, Volk von Deutschland! Hilf uns schnell und ausgiebig! Wir
sind ja nicht viele im Vergleich zu Euch; aber unsere Not ist so groß, daß
nur Viele uns helfen können.

Gott lohne es Euch; wir vermögen nur bescheiden zu danken.

**Für das Komitee „Katholikenhilfe“,
WIEN IX., Währingergürtel 104.**

Nationalrat Univ. Professor
Dr. August Seipel. Friedrich Gustav Kardinal Piffl.

MOBELFABRIK

IGNAZ HERGER'S SOHNE

RYBNIK G.-S.

Gegr. 1796. Empfiehlt. Telefon 46.

Moderne Wohnungseinrichtungen
nach eigenen u. gegebenen Entwürfen.

Einzelmöbel

AUSSJELLUNGSRAUME

GARTENSTRASSE 7.

Besichtigung erbeten.

De Not der armen Kinder in
der Pfarrei Annaberg im
ächstlichen Ergebe. Ich sehr groß.
Nicht nur körperlich sondern auch
geistig sind viele im größten
Blende. Weitentweit ist der Weg
zur Kirche. Die Gründung einer
von kathol. Schwestern geleiteten
Anstalt für arme Kinder ist
dringend notwendig, um viele
dem katholischen Glauben zu retten.
Wer will dem gütlichen Kinder-
freunde eine Freude bereiten?

Das kath. Pfarramt
Annaberg i. C.
Postfachkonto Leipzig 8832.

Bieda ubogich dziatek w pa-
ralii An aberg Saksonii
(sächs. Erzgebirge) jest wie ka.
Nie tylko materialnie ale i
duchowo znajduje się wielu
w najwieszkiej nędzy; kilka
mil daleka jest droga do
Kościola założenie zakładu dla
ubogich dzieci, który będzie
pod zarządem katolickiej siostr.
jest konieczne potrzebne aby
wielu dziatek uratować dla
wiary katolickiej. Kto chce
Boskiemu Przyjacielowi owi dzia-
tek radość sprawić?

Rzymko ka o le le probostwo
Annaberg i. Erzgebirge.

Joh. Kaschian,
Rechtsbüro
Gleiwitz, Klosterstr. 21
(im Hause des Herrn
Juliusburger)
empfiehlt sich zur
Anfertigung von
Anträgen aller Art
Steuereklamationen
u. s. w.

Das fromme und
fröhliche Kind.

Eine Monatschrift für
gute Kommunionkinder

Mit reichlicher Dru-
ckausgabe. 7. Jahrgang
12. Hefte nur 2.40 Mk.

Diese vorzügliche, nicht nur
zur Vorbereitung auf die
erste hl. Kommunion geeg-
nete, sondern auch erzie-
hliche u. unterhaltende Mo-
natschrift sei den Müttern
für ihre Kinder sowie allen
Erzieherberufenen empfohlen.
Bestellungen nimmt jede
Buchhandlung und Postan-
stalt entgegen. Probenum-
mern auf Wunsch kostenlos
direkt vom Verlag

Fr. Borgmeyer,
Hildesheim.



Nähmaschinen
sind d. best., aus Kugellager.
Vertretung und Lager:

Gew. H. Dr. W. Müller, 1

Hemigon's Edelfluid

1 Flasche 1.50 Mk.,

allerwirksamstes Mittel
gegen Kopfläuse!

brutend, bene Haar-
Reinigungs-Hilfe für in-
derrreiche Familien. 3. b. in
den Apotheken u. Drogerien
d. ober. Schlei. Indur ebe-
dieses in Gleiwitz Moh-
ren-Apothek, Löwen-
Apothek, Hüthen Apo-
thek u. Hermann Simon's
Pharmazie.

Wie ein Wunder

mirkt Apotheker Dr. Lecker's Bell-
Sabe gegen Sautausch, Flechten,
Geksch, e. Be nischen, Kramp-
fadern (besonders bei Frauen), offene
Fuße, Wunden, wunde rissige Haut
Trostschiden, Verbrennungen usw.
Die Sa be wirkt: heilt den Schmerz
und juckreizlind. Originalpackung
d. M. 4.50 und M. 7.50. Nur allein
erhältlich durch die Apo-
thek in der Goldenen
Adler. Ber. in 112, Alexandrinen-
straße 41. Begründet im Jahr 1858.
Zweitzweite Apotheke Berlin.

Kraetze heilt schnell und sicher

die farb- und geruchlose
amtl. gepr. **Ranaon-
Salbe** Dose 6.- Mk.,
Portoextra (für 1 Erwachs-
oder 2 Kinder.) Hermann
Frosch, Naumburg a. S. 8.
(Kurbad.)

Niederlage und Versand:
A. Flascha, Löwen-Apoth.
Gleiwitz Bahnhofstrasse.

Krähe

— laufender Ausverkauf —
wird unter Garantie in 3 Ta-
gen ohne Berufsstörung ge-
heilt durch die geruchlo-
sanitas-Egtra-Salbe.
franko Nachn. 6.50 Mk.
Heilanstalt Rich. Desch
Effen Rich.
Frohnhauerstraße 158 II

Ein neuer Geist ?

Vormärtsstrebenden und
Erfindern

bieten sich gute
Verdien-, möglichkeiten.
Fordern Sie daher heute
noch kostenlose Leberführung
unserer

Auffklärung, Anregung
gebenden Broschüre.

Erddmann & Co Berlin
S W 18 Königsärkerstr. 17.

Feine Musikinstrumente

Harmoniums, Violinen,
Saiten, Mandolinen, Gi-
taren, Zithern, Zieh- u.
Mundharmonikas,
Saxophophone, Spie-
dosen u. s. w. — Katalog
umsonst; erfüllt Fabrikat.
Max Horn, Zwickau/Sa.

Herrmann Holzmann Kattowitz

Rathausstr. Nr. 2 neb. Möbelbau Wollnet

Werkstätten für moderne Kunstglieder u. Bandagen.

Ottophäd. Apparate, Leibbinden,
::: Bruchbänder, usw. :::

Chir. Gummivaren, Krankenpflegeartikel
Fachm. Bedienung.

Spezialbüro für den Bau kath. Kirchen

Erweiterungs- bzw. Umbauten, Innenerneue-
rung, Krankenanstalten, Vereinshäuser, Schwesternheime
::: Uebernahme ständiger Bauberatung. :::

Architekt **Hans Schlicht,** Breslau XI

Schleische Werkstätten für kirchliche Kun-

stleistungen nach eigenen künstlerischen Entwürfen sämtl.

Einrichtungen der katholischen Kirche.

Altarbau Einzelfiguren u. Gruppen Restauration

aller Art.

Arbeiten in Metall, Stein, Holz, Gemälde.

Werkstätten f. Grabdenkmäler, Denkmäler

Einwurf und Ausführung von Friedhöfen

Lieferung der einfachsten und reichsten Gegenstände

Beideitene Preise. Kostenlose Vorschläge u. Besu-

chungen. Interessenten

Blut- u. Nervenpillen

Nervenstärkendes, blutbildendes, blutverbesserndes, ap-

terregenes Kräftigungsmittel. Hervorragend bewir-

kt bei nervösen Leiden, Schwächezuständen, Blutar-

beit, Appetit- und Schlaflosigkeit. — 1 Schachtel

Mark 4.50, 4 Schachteln Mark 16 — Kloster- u. Apo-

thek, Kloster In der s d o r f 202 (Oberbayern.)

Echte Orient-Teppiche

Handgeknupte
Smyrna Teppiche

Gardinen, Möbelstoffe,
Läufer

Innen-Dekorationen
Antike Möbel
Kunstgegenstände

Leipziger & Koessler

Inh. Paul Püschel u. Gustav Leipziger
Breslau Neue Schweidnitzstr. 17
Tel. Ring 965 und 2426.

Gerichtlich vereideter Sach-
verständiger und Taxator.

Die geordnete Lehrgang der Landwirtsch.

von R. Schlipf 597 Seiten mit 850 Abbild. M. 17.
Großes Ill. Landwirtschafstextbuch 2 Bde. 120 S. m.
1270 Abbild. 80,65. Naturwissenschaft des Landwirtsch.
(Unentbehrliche Ergänzung zu jedem Lehrbuch der
Landwirtschafst. Sünden 10,80.
Die Schule des Landwirts 20. Brennerlektion 51,80.
Brauereilektion 54,75. Landwirtschafst. Buchführung
5,50 Mark. Die Selbstverjorgung der Landwirtsch.
2,65 Mark. Landwirtschafst. Haushaltung
kunde 7,20. Kochbuch 6. Kartoffelkunde 2,20. Mager-
milchfäherlei 2,25. Hauschlachtung 3. Der Haustierar-
zt 5. Das gesunde und trante Haustier 15,85. Land-
haustierheilkunde 22,80. Der Veterinärgehilfe 4,50.
Tierzüchtler 7. Rindviehzucht 33,30. Fütterungs-
lehre 4,50. Pferdegehalt 34,60. Geheimnisse d. Pferde-
handler 4,95. Behandlung des Pferdes 5,05. Pferde-
terung 1,80. Pferdeheilkunde 4,40. Schweinegehalt 6,20.
Schweinefütterung 2,90. Schweinehaltung und Ernä-
rung 5,50. Schafzucht 6,50. Hundebuch 4. Der Vieh-
hall 6,50. Dreschmaschinen 17,20. Motorpflüge 12,10.
Unkrautbekämpfung 2,90. Düngerlehre 5,25. Umwa-
ngung von Fruchtfolgen 14,40. Einträgl. Feldgemü-
bau 5,05. Tabakbau 6,50. Kaninchenzucht 4,40. Ge-
genzucht 4,40 Mk., Geflügelzucht, 5,50. Hühnerzucht
3 Mk., Entenzucht 2,40 Mk., Gänsezucht 2,40 Mk.,
Taubenucht 2,20 Mk., Zug- und Sportgeflügel 11,70
Mark. Trut- und Perlhühner 2,20 Mark. Biene-
zucht 5. Obst- und Beerenweine 8,10. Böttner's
Gartenbuch für Anfänger 12. Großes Gärtnerbuch
Prakt. Gartenbuch 9. Schnittblumengärtner 28,50.
Kulturpraxis d. Kalt- und Warmhauspflanzen 20,10.
Die Bereidungen 10,80. Gartenkunst 8,50. Der Haus-
garten. 3. Der Zimmergärtner 2,20. Obstbau 15. Die
Buchobst 3,60. Praktische Erdbeerkultur 4,20. Die
Obst- und Gemüsegut 4,20. Einträgl. Gemüsegut
11,55. Gemüsegartenbau 5,30. Praktische Gemüsegut-
nerlei 9,60. 6000 Rezepte zu Handarbeiten 16. Nicht-
Deutsch E. Mir oder mich 2. Rechtschreibung Dub-
10,20. Taschenbuch des Allgemeinen Wissens 6,60.
dichtsammlung 7,50. Anekdotenbuch 4. Aufschlug-
buch 9. Fremdwörterbuch 9. Rechtsformularbuch 8. Eng-
lisch 8. Französisch 8. Spanisch 8. Polnisch 8. Russisch
8. Böhmisch 8. Buchführung 8. Bankwesen 9. Ge-
schäfts- und Privatbriefsteller 8. Schönschreibschule 8.
Guter Ton und seine Sitte 8. Mod. Langlehrbuch 10,20.
4,50. Klavieralbum dazu 13,35. Die Gabe der ge-
wandten Unterhaltung 3,60. Umwälzung und
apfergeleh 6. Bürgerl. Gesetzbuch 6,60. Handelsgeleh-
buch 5. Straßengelehbuch 3. Nur direkt gegen
nahme L. Schwarz und Co. Berlin D.-S. 14
straße 24.